

# stachlige ARGUMENTE

Nr 179 / September 2010  
Zeitschrift des  
Landesverbandes Berlin



**THEMA**  
Bildungs-  
reformen

## PARTEILEBEN

Regieren mit der Stadt

## MENSCHEN UND ZEITEN

Vergaukelt

## DEBATTE

Spree-Athen im  
Schuldensumpf

**Titelthema**

- 4 Grüner Bildungsbegriff**  
von Dr. Andreas Poltermann  
und Stephan Ertner
- 8 Konsens statt Zwang**  
Gespräch mit Sylvia Löhrmann
- 10 Integrierte Sekundarschule  
und Gymnasien**  
von Hans-Jürgen Kuhn
- 12 9 macht nicht klug**  
von Dirk Jordan
- Die Bildungsautobahn  
voller Rätsel**  
von Oliver Münchhoff
- 14 Zusammenführen was  
zusammengehört**  
von Irma Franke-Dressler
- 16 Eine unendliche Geschichte**  
von Özcan Mutlu
- 18 Talking about Revolution**  
von Anja Schillhaneck
- Parteileben**
- 20 Von Umzügen, alten Bahnhöfen  
und neuen Tramverbindungen**  
von Nicole Holtz
- 24 Politik mit der Stadt -  
nicht über sie hinweg**  
von Ramona Pop und Volker Ratzmann
- 26 Mit der Stadt regieren**  
von Daniel Wesener und  
Stefanie Remlinger
- 29 Neues aus Europa**
- 30 Neues aus der Dirschauer**
- 31 Neues aus der Kommandantur  
Neues aus dem Abgeordnetenhaus**



**Debatte**

- 32 Die Europäische Bürgerinitiative**  
von Anne Ulrich
- 34 Wenn das Kind in den Brunnen  
gefallen ist ...**  
von Sibyll Klotz
- 36 Spree-Athen im Schuldensumpf**  
von Jochen Esser
- 38 Psst! Berliner Wasser halb  
privat und ganz diskret**  
Gespräch mit Heidi Kosche
- 40 Wie positionieren sich Grüne  
gegen Islamphobie?**  
von Susanna Kahlefeld

**Menschen und Zeiten**

- 42 Schwarz-Rot-Gold, olé, olé, olé!**  
von Özcan Mutlu
- 44 Wann wird's mal wieder  
richtig Sommer?**  
von Tilo Fuchs
- 46 Kopf des Quartals: Judith Butler**  
von Sebastian Walter
- 47 Grüne in Europa: Good Luck!**  
von Arne Haeger
- 48 Vergauckelt!**  
von Arne Haeger
- 50 Das Internet macht dumm**  
von Holger Michel
- 51 Termine/Impressum**

# Schlau

## angestachelt!

Bildungspolitik ist wieder einmal Schwerpunkt dieses Heftes. Die Grünen haben zwar ihre Positionen in dieser Frage schon länger ausformuliert, doch der Ausgang des Hamburger Referendums zwingt noch einmal zum Nachdenken.

Es ist sicherlich richtig - wie im Leitartikel festgestellt - dass in Hamburg die Mittel- und Oberschicht Bildung sehr stark als Abgrenzung gegen die Ungebildeten eingesetzt haben. Doch was erwarten wir eigentlich? Sich "nur" dem Wohl der eigenen Kinder verpflichtet zu fühlen, ist wohl Aufgabenstellung genug. Und sehenden Auges mögliche Nachteile für die eigenen Kinder in Kauf zu nehmen, um anderen Kindern vermeintlich Gutes zu tun - kann das wirklich ein Anspruch an die Eltern sein? Diese Frage haben nun die Eltern beantwortet, im konservativen Sinne. Diese Elternhaltung wird auch dadurch deutlich, dass viele „arrivierte“ Migrantenfamilien ihre Kinder aus der Schule nehmen bzw. in einen anderen Stadtteil ziehen wenn die Ausländerquote in den Klassen aus ihrer Sicht zu groß wird. Und: Die Zunahme der Privatschulen begleitet von gleichzeitiger negativer Auslese bei staatlichen Schulen spricht Bände und ist von der Politik kaum zu steuern.

Die Eltern scheinen der pädagogisch-politischen Feldversuche müde zu werden. Unsere neue Bildungsministerin in NRW, Sylvia Löhrmann, antwortet darauf mit der Forderung, Reformen nicht zwangszuordnen, sondern Wahlmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Dieses bedeutet in der Konsequenz die Absage an jede Form von Schulideologie.

Neben den üblichen Rubriken sind u.a. weitere Themen dieser Ausgabe:

Ein spannender Bericht über den ersten bündnisgrünen Berliner Bezirkskongress. Kaum zu glauben, seit den 80iger Jahren sind die Grünen im Abgeordnetenhaus vertreten, ein gemeinsamer Bezirkskongress findet erst jetzt statt.

Ein Interview mit Heidi Kosche über das Volksbegehren "Unser Wasser" mit der Forderung, alle geheimen Verträge mit den privaten Investoren bei den Berliner Wasserbetrieben offenzulegen.

In einem Nachtrag zu den Skandalen um die Treberhilfe erläutert Sybil Klotz - unsere Sozialstadträtin in Tempelhof - die Strukturen der Finanzierung der Obdachlosenhilfe und unsere Forderungen in dieser Frage.

Jochen Esser, haushaltspolitischer Sprecher der Grünen im Abgeordnetenhaus, skizziert die miserable Lage des Berliner Haushalts und das komplette Versagen des rot-roten Senats. Erste Überlegungen zu unserer Positionierung in Hinblick auf das nächste Wahlprogramm werden auch geliefert.

Kommt jetzt die europäische Bürgerinitiative? Den Stand der Verhandlungen um die Ausweitung der partizipatorischen Möglichkeiten schildert Anne Ulrich von der Böll-Stiftung.

Viel Spaß beim Lesen - Die Debatte ist eröffnet!

Für die Redaktion  
Christine Dörner, Katrin Langenbein, Ronald Wenke

Titelbild © litho / fotolia.com - Inhalt von oben nach unten © dwmd, Oliver Münchhoff, clearlens, ecco



© dwrmd. / photocase

## GRÜNER BILDUNGSBEGRIFF

Um Bildung wird in Deutschland so heftig gestritten wie selten zuvor. In Hamburg wurde gar ein „Schulkampf“ geführt gegen die Verlängerung der Zeit des gemeinsamen Lernens in der Grundschule, die den weiterführenden Schulen zwei Jahre abgeknappst hätte. Auch in Nordrhein-Westfalen, wo das vorhandene Schulangebot um die Gemeinschaftsschule als eine konkurrierende Schulform erweitert werden soll, könnte es zu vergleichbaren Auseinandersetzungen kommen.

**Die Verbissenheit des Kampfes um Bildung hat viel mit der gestiegenen Bedeutung zu tun, die Bildung heute für gesellschaftliche Teilhabechancen und individuelle Karriereaussichten hat.**

Besonders die Mittelschicht ist sich der Schlüsselrolle bewusst, den Bildung für die Zukunft ihrer Kinder heute hat. So äußert sich die zunehmende Angst vor dem sozialen Abstieg aus der gesellschaftlichen Mitte im wachsenden Druck auf Familien, in Erziehung und Bildung alles richtig zu machen, d. h. die richtige Kita und Schule zu wählen und ihre Kinder mit viel Engagement zu unterstützen. Dabei sind die Eltern der Mittelschicht meist auch recht erfolgreich.

So berechtigt ihre Sorgen auch sein mögen, von echter Bildungsarmut sind die Kinder der Mittelschicht wenig betroffen. Sie gehören so gut wie nie zu den rund 20 Prozent aller Schulabgänger, die an einer Schlagzeile nicht unterscheiden können, was Werbung, was Meinung und was Bericht ist. Die Schülerinnen und Schüler der sogenannten Risikogruppe bekommen grundlegende Rechenoperationen wie die Planung eines Budgets kaum hin. Sie sind bildungsarm in dem Sinne, dass sie zu einer selbständigen Teilhabe an der Gesellschaft und zur selbständigen Lebensführung kaum in der Lage sind.

Die Jugendlichen dieser Gruppe sind in zweifacher Hinsicht durch ihre Herkunft von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen: zum einen durch Schulen, die wie die Halbtagschule stark auf die Unterstützung durch die Eltern setzen, was Kinder benachteiligt, deren Eltern diese Unterstützung nicht leisten können

oder wollen, zum anderen aber auch durch Selbstabschluss. Nicht selten setzen diese Jugendlichen auf Herkunft als Unterscheidungsmerkmal, um sich vor den Zumutungen gesellschaftlicher Leistungsbeurteilung zu schützen.

Herkunft entscheidet bei uns viel zu sehr über den Bildungserfolg und damit letztlich über die gesellschaftlichen Chancen der Individuen. Wenn Kinder von Eltern höherer Schichten eine bis zu fünfmal größere Chance haben, von ihren Grundschullehrerinnen eine Gymnasialempfehlung zu erhalten, als Kinder an- und ungelernter Arbeiter, ist das ungerecht - einmal davon abgesehen, dass wir uns diese Verschwendung von Talenten wirtschaftlich nicht leisten können.

Nun hieße es Schulen hoffnungslos zu überfordern, würde man von ihnen verlangen, soziale Disparitäten alleine und vollständig auszugleichen und für eine faire Verteilung sozialer Chancen zu sorgen. Aber man darf doch erwarten, dass sie durch individuelle Förderung die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen von Schülerinnen und Schüler abmildert. Genau das gelingt in den deutschen Halbtagschulen jedoch nur schlecht. Darüber hinaus schlagen im deutschen Bildungssystem mit der frühen Selektion in Bildungsgänge, zwischen denen nur wenige Übergänge bestehen, die sogenannten sekundären Herkunftseffekte stark zu Buche. Selbst bei gleicher Kompetenz sind Kinder aus bildungsfernen Schichten durch Entscheidungen, die sie treffen bzw. die für sie getroffen werden, benachteiligt, sei es, dass ihnen die Zumutungen der Leistungsanforderungen höherer Bildung von Seiten der beurteilenden Lehrpersonen erspart werden, sei es, dass ihnen oder ihren Eltern selbst das Risiko eines solchen Bildungsgangs zu hoch erscheint.

In dieser Situation ist es zwar richtig, den Wert und die soziale Bedeutung von Bildung immer wieder zu betonen. Aber es muss auch gesehen werden, dass der Bedeutungszuwachs von Bildung eine wachsende Gruppe von Abgehängten produziert. Deshalb bedarf es eines differenzierten Blickes und mutiger Prioritätensetzungen.

## Bildung heißt Befähigung

Bildung sollte in erster Linie als Befähigung zum eigenverantwortlichen Handeln verstanden werden. Ein solches Verständnis ist im selbsterklärten Land der Dichter und Denker jedoch keinesfalls üblich. Bildung bezieht sich hierzulande noch immer stark auf die Vorstellung eines Kanons von Allgemeinwissen. Andere, z.B. praktische Fertigkeiten und Kenntnisse werden systematisch abgewertet. Bildung dient noch zu sehr der Abgrenzung gegenüber den vermeintlich Ungebildeten als der Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe. Im Bildungssystem hat dies tiefe Spuren hinterlassen, vor allem in der Trennung von praktischer und höherer, theoriegeleiteter Bildung, zwischen denen es nur wenige Übergänge gibt. Dieses „Bildungsschisma“ (Martin Baethge) benachteiligt die bildungsferneren Schichten. Außerdem ist es in der Wissensgesellschaft nicht mehr zeitgemäß, weil der theoriegeleitete Wissensanteil auch der beruflichen Bildung erhöht werden muss.

## Konzentration auf Jugendliche in Risikolagen

Bei all den Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung, die unsere Schulen an die internationale Spitze führen und zur Stärkung der gesellschaftlichen Innovationsfähigkeit beitragen sollen, werden die Lern- und Lebenschancen von bildungsarmen Kindern und Jugendlichen viel zu wenig beachtet. Die sogenannte Risikogruppe muss ins Zentrum der Bildungsreform gestellt werden. Um es plakativ zu sagen: Die Mittelschicht ist selbst in der Lage, sich für ihre Kinder einzusetzen. Dabei werden sie vom fördernden und fordernden Unterricht an den Gymnasien recht gut unterstützt. Um den Teufelskreis der Bildungsarmut im unteren Fünftel zu durchbrechen, braucht es starke ermutigende und unterstützende sowie durchlässige Strukturen neben dem Gymnasium. Hier darf sich kein Bildungsweg mehr als Sackgasse erweisen. Stets müssen zweite und dritte Chancen geboten werden. Und am Ende darf nicht die Erfüllung der Schulpflicht von 9 oder 10 Jahren stehen, sondern die Vermittlung von Basiskompetenzen als Bringschuld unserer Schulen, notfalls auch nach 11 oder 12 Jahren – trotz aller Schulmüdigkeit. Das wird teuer, sicher. Aber



© dwmd. / photocase

es bedeutet mehr Zeit und mehr Geld für diejenigen aufzuwenden, die es am dringendsten brauchen.

## Leistungsorientierung ist wichtig

Die Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler bedeutet dabei jedoch keinesfalls Nachsicht, sondern motivierende und anspruchsvolle Unterrichtsgestaltung, hohe und konsistente Leistungsanforderungen, an denen Kinder und Jugendliche die Erfahrung machen können, was in ihnen steckt. Wenn die Potenziale gefördert und zumindest die Basiskompetenzen erreicht werden, sind die Unterschiede, die eine konsequente Leistungsorientierung hervorbringt, nicht nur auszuhalten, sondern sie sind fair. Es ist heute eine besonders subtile Form der Diskriminierung, wenn an Kindern aus bildungsfernen Schichten oder Kindern mit Migrationshintergrund geringere Erwartungen gestellt werden. Denn die Vorurteile, die Lehrpersonen bezüglich der Leistungsfähigkeit ihrer Schülerinnen und Schüler haben, beeinflussen nach dem Muster sich selbst erfüllender Prophezeiungen die tatsächlichen Bildungsverläufe.

## Reformen mit den Eltern

Die Hamburger Erfahrungen haben gezeigt, dass selbst breiteste parlamentarische Mehrheiten für die Durchsetzung einer Reform nicht ausreichen, wenn die Eltern kein Vertrauen in die Leistungsorientierung der Schule haben und ihnen Wahlrechte vorenthalten werden. Sicher: In Hamburg haben die Mittel- und Oberschicht Bildung sehr stark als Abgrenzung gegen die Ungebildeten eingesetzt und damit ihre Interessen einseitig und unfair zu Lasten der Schwächeren durchgesetzt. Dennoch stellt sich die Frage, wie diese Eltern, die sich für ihre Schulen und den Bildungsverlauf ihrer Kinder aktiv einsetzen, für Reformen zu gewinnen sind. Ein überzeugendes Leistungsversprechen dürfte hierbei entscheidend sein und die Stärkung des Elternwahlrechts. Beides könnte sich wechselseitig befördern. Einschränkungen des Elternwahlrechts wirken demgegenüber eher als Reformbremse, wenn dadurch engagierte Eltern in das Lager der Strukturbewahrer

gedrängt werden. Und durch die Freigabe des Elternwahlrechts werden Schulen gezwungen, sich mit einer größeren Vielfalt unter der Schülerschaft auseinanderzusetzen und dennoch hohe Leistungsstandards einzuhalten. Auch im Hinblick auf die Forderung nach einer inklusiven Schule ist dies eine stingente grüne Position: Gegen den Willen der Eltern dürfen keine Kinder auf Sonderschulen abgeschoben werden.

*Dr. Andreas Poltermann und Stephan Ertner*

Dr. Andreas Poltermann ist Leiter der Abteilung Politische Bildung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung  
Stephan Ertner ist Referent für Bildung und Wissenschaft in der Heinrich-Böll-Stiftung

**greencampus**  
weiterbildung | politik | management



**Alles fit?**

Dein Trainingsplan für die Politik unter:  
[www.greencampus.de](http://www.greencampus.de)

## Konsens statt Zwang -

### Wie man Eltern die Angst vor der Bildungsreform nimmt

Nachdem die Bildungsreform in Hamburg gescheitert ist, stellt sich die Frage, wie es andernorts im Bereich grüne Bildungsreformen weitergeht. Dazu befragten die Stachligen Argumente die frischgebackene NRW-Bildungsministerin Sylvia Löhrmann.

**Stachlige Argumente:** **Bessere Bildungschancen für Hamburger Kinder- und Jugendliche zu schaffen war das zentrale Ziel der Hamburger Bildungsreform. Das scheint doch grundsätzlich unterstützenswert. Worin siehst Du die Gründe für den heftigen Widerstand gegen die Reform, der letztlich in ihrem Scheitern mündete?**

**Sylvia Löhrmann:** Hamburg hat gezeigt, dass man Schulreformen nicht sensibel genug angehen kann. Man braucht klare Ziele und pragmatische Schritte hin zu diesem Ziel. Reformen, das zeigt sich immer mehr, dürfen nicht von oben zwangsverordnet werden und müssen die Menschen mitnehmen. Gerade in der Schulpolitik stehen wir vor folgendem Dilemma: Einerseits sehen viele Menschen den notwendigen Reformbedarf und fordern Reformen auch ein. Die Menschen wollen bessere Schulen

und die bestmögliche Bildung für ihre Kinder. Andererseits gibt es eine diffuse Angst, wenn Veränderungen konkret werden und den eigenen Kindern vermeintlich schaden. Letzteres hat nach meiner Einschätzung in Hamburg zu einer Stimmung beigetragen, die die zukunftsgerichteten Pläne des Hamburger Senats scheitern ließ. Das war vor allem deshalb bemerkenswert, weil die Bürgerschaft selbst geschlossen für die Reform war.

**Stachlige Argumente:** **In den Medien wurden bezüglich der Hamburger Bildungsreform hauptsächlich die beiden Themenkomplexe „6-jährige statt 4-jährige Primarschule“ und „Ersetzen des dreigliedrigen Schulsystems durch Gymnasien und Stattteilschulen“ diskutiert. Welche Aspekte sollten bei zukünftigen Bildungsreformen vielleicht noch stärker betont werden?**

**Sylvia Löhrmann:** Der Wunsch nach längerem gemeinsamem Lernen und die Gründe dafür sind in der Debatte um die Verlängerung der Grundschulzeit und den Aufbau eines zweigliedrigen Schulsystems beinahe völlig untergegangen. Auf dem Plan standen die Verteidiger

des dreigliedrigen Systems, vor allem des Gymnasiums, die in allen Veränderungen Teufelswerk sahen. Dass in heterogenen Schulklassen auch starke Schülerinnen und Schüler gewinnbringend lernen, ist völlig unbeachtet geblieben. Was wir brauchen, da sind sich übrigens alle einig, ist mehr Chancengleichheit für mehr und bessere Bildung.

**Stachlige Argumente:** **Welche Auswirkungen wird das Ergebnis des Hamburger Bürgerentscheids Deiner Meinung nach auf die weiteren anstehenden grünen Bildungsreformen haben? Ist anzunehmen, dass es dabei zu ähnlichen Widerständen kommt? Wie kann man diesen am besten entgegenwirken?**

**Sylvia Löhrmann:** Zunächst einmal ist NRW als Flächenland mit Hamburg nicht zu vergleichen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen von Anfang an einen anderen Ansatz gewählt, lange vor dem Hamburger Volksentscheid. Wir lassen die vierjährige Grundschule unangetastet und setzen auf eine Strategie der Ermöglichung, die mit Anreizen arbeitet. Wir beschließen auch ausdrücklich kein Zwei-Säulen-Modell. Ein weiterer großer Unterschied besteht darin, dass wir von Landesseite keine Schulform abschaffen werden. Und wir erzwin-

gen auch keine neuen Schulformen von oben, sondern bieten mit der Gemeinschaftsschule ein pragmatisches, flexibles, attraktives Angebot, mit dem die Kommunen dem demografischen Schülerrückgang und damit verbunden dem drohenden Schulsterben begegnen können. Wir zeigen Wege auf, wie die „Schule im Dorf“ bleiben kann. Schule ist schließlich auch ein wichtiger Standortfaktor. Das haben KommunalpolitikerInnen aller Couleur erkannt. Sie wollen die Gemeinschaftsschule. Diesen Prozess innovativer Schulentwicklung hat die abgewählte schwarzgelbe Landesregierung blockiert.

**Stachlige Argumente:** **Führt das Hamburger Ergebnis dazu, dass die Pläne in NRW noch einmal überdacht werden? Oder inwieweit ist die Bildungsreform in NRW erfolversprechender?**

**Sylvia Löhrmann:** Wir haben in Kenntnis der ideologischen Debatten um die Gesamtschule unsere Schulreform von vornherein anders angelegt. Die Gemeinschaftsschule reagiert auf den demografischen Wandel und bietet den Eltern ein wohnortnahes, umfassendes Schulangebot mit gymnasialen Standards. Wir setzen auf den regionalen Konsens, bei dem die Kommunen, die Schulen und die Eltern beteiligt werden. Im Schulministerium

liegen etliche Anträge und Anfragen auf Errichtung von Gemeinschaftsschulen vor - besonders aus dem ländlichen Raum. Die kann ich aufgrund eines Erprobungsparagrafen unseres Schulgesetzes genehmigen und brauche nicht mal eine Gesetzesänderung. Praktisch bei einer Minderheitsregierung...

**Stachlige Argumente:** **Kürzlich war in den Medien zu hören, dass Du ein bundesweit einheitliches Schulgesetz befürwortest. Wie stellst Du Dir dieses genau vor und welche Vorteile siehst Du darin? Wieweit könnte es sich positiv auf zukünftige grüne Bildungsreformen in den einzelnen Bundesländern auswirken?**

**Sylvia Löhrmann:** Ich finde, dass Bildungspolitik in einer Gesamtverantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden gestaltet werden muss. Moderner Föderalismus darf nicht mit Kleinstaaterei verwechselt werden. Mit einem schlanken Bildungsgesetz könnte man dem Wunsch der Bevölkerung nach mehr Einheitlichkeit im Schulsystem entsprechen. Vielen ist nämlich gar nicht bewusst, dass die Kultusministerkonferenz sich längst auf solche einheitlichen Standards verständigt hat. Von einer Verlagerung der Zuständigkeiten der Länder auf



Sylvia Löhrmann

den Bund war nie die Rede. Aber mir ist klar, dass es dafür derzeit keine Mehrheit gibt. Darum ist es mein Ziel, dass wir das Kooperationsverbot wieder abschaffen. Der Bund sollte sich an wichtigen bildungspolitischen Vorhaben, wie dem seinerzeit von Rot-Grün angestoßenen Ausbau des Ganztagsangebotes, beteiligen können. Hierzu haben wir im rot-grünen Koalitionsvertrag eine Bundesratsinitiative verabredet.

Ich freue mich, dass mein Vorstoß interessante Unterstützer gefunden hat. Bis hin zu Außenminister Westerwelle. Vielleicht will er dazu beitragen, dass Merkels schönen Worten auf Bildungsgipfeln auch endlich Taten folgen!

**Stachlige Argumente:** **Danke für das Gespräch!**

Die Fragen stellte Nicole Holtz



## Integrierte Sekundarschule und Gymnasien – wie geht es in Berlin weiter ?



Nach langem Drängen vor allem der Grünen hat der Senat es doch noch geschafft eine Schulreform in der Sekundarstufe I zu beschließen. Ab dem 1. August 2010 werden schrittweise integrierte Sekundarschulen (ISS) aufgebaut, die die Schulformen Hauptschule, Gesamtschule und Realschule ersetzen. Als besondere Form der ISS wird es noch eine kleine Zahl von Gemeinschaftsschulen geben, in denen weitergehende Konzepte eines längeren gemeinsamen Lernens entwickelt werden.

Der Start ist eher holprig als gelungen und die nachhaltige Akzeptanz der neuen Schulform muss erst noch erarbeitet werden. Jede Schulstrukturreform muss sich daran messen lassen, ob sie einen Beitrag zur Verbesserung der Lehr- und Lernbedingungen aller Schülerinnen und Schüler leisten kann. Am Ende zählt, ob mehr Schülerinnen und Schüler aus allen sozialen Verhältnissen zu besseren Schulabschlüssen gelangen, häufiger das Abitur erfolgreich ablegen und Kompetenzen in der Schule erworben haben, die ihnen eine befriedigende Lebensführung in sozialer Verantwortung ermöglichen.

Eine Schlüsselrolle beim Weg zur gemeinsamen Schule für alle spielt die Stellung des Gymnasiums. Vor dem Hintergrund der gewachsenen Bedeutung dieser Schulform, die inzwischen von ca. 40 % aller Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I besucht wird, fehlt einer politischen Strategie zur Abschaffung und Umwandlung aller Gymnasien auf lange Sicht jede Chance einer gesellschaftlichen und parlamentarischen Mehrheitsfähigkeit. Der erreichte Schritt zur Zweigliedrigkeit respektiert die Entscheidung eines großen Anteils der Eltern dieser Stadt, die das Gymnasium für die geeignete Schule für ihre Kinder halten. Nicht erst seit dem Scheitern des Hamburger Senats bei einem Versuch, die Grundschulzeit zu verlängern und dabei dem Gymnasium die Jahrgangsstufen 5 und 6 abzunehmen, ist endgültig klar, mit welchen gesellschaftlichen Konflikten Schulreformen verbunden sind, die die Existenz des Gymnasiums antasten.

Trotzdem bleibt aber ebenso klar: Auch Gymnasien müssen ihre Lehr- und Lernkultur ändern und sich auf ihre immer heterogenere Schülerschaft besser einstellen. Die Abschaffung des Probehalbjahrs, bessere individuelle För-

derung und Nachprüfungsmöglichkeiten wären dafür geeignete Maßnahmen, waren aber im Berliner Parlament und innerhalb der Regierungsfractionen nicht durchsetzbar.

### Wie soll es politisch nun weitergehen ?

Die Grünen haben in ihrer LDK im April 2008 beschlossen, dass sie eine rechtliche Gleichstellung von Gymnasien und Integrierten Sekundarschulen fordern:

*„...Das Gymnasium wird in dem Reformprozess eingebunden und in der bisherigen Form nicht mehr fortbestehen. Wenn sich die neuen Gemeinschaftsschulen etabliert haben und Gymnasien ohne Sonderstatus lernen, für alle erfolgreich zu sein, ist es unseres Erachtens nur eine Frage der Zeit, bis die Mehrheit der Eltern versteht, dass sich die Unterschiede zwischen den Schulen nicht an dem Schulchild festmachen lassen, sondern an dem Profil und dem Ethos einer Schule. Dann wird es auch möglich sein, auf die unterschiedlichen Schularten in der Sekundarstufe I zu verzichten und wie bei der Grundschule nur noch eine Schulart für alle zu haben, ...“*

Die hier formulierte Position versucht die Unmöglichkeit der Perspektive einer Abschaffung der Gymnasien durch parlamentarische Mehrheiten durch eine Entwicklungsperspektive zu ersetzen, in der dem Gymnasium Privilegien genommen werden sollen und Sekundarschule und Gymnasium ähnlicher erscheinen als sie es je sein werden. Würden die Eltern begreifen, dass das Gymnasium nichts Besonderes ist dann würden sie ihm den Rücken kehren, so die Hoffnung. Auch wenn die Vertreter dieser Position sicher differenzierter argumentieren würden als hier von mir angedeutet, darf bezweifelt werden, dass die Strukturprobleme so gelöst werden können.

### Welche Herausforderungen und Widersprüche sind zu bearbeiten ?

Die Hauptaufgabe muss darin bestehen, die entstehenden Sekundarschulen zu einem Ort erfolgreichen Lernens zu machen. Dazu wird neben der verlässlichen Sicherung der erforderlichen personellen und sächlichen Rahmen das Hauptaugenmerk auf die Reform der inneren Verhältnisse

gelegt werden müssen. Ein gutes Schulmanagement, Strategien der Qualitätssicherung in der Schule selbst, positive Leistungserwartungen, Öffnung der Schulen und eine demokratische Lernkultur müssen durch Schüler, Eltern, Lehrkräfte, Schulverwaltung und Schulaufsicht mühselig erarbeitet werden.

Dies gelingt umso besser, wenn die begonnenen Reformprozesse in der Berliner Grundschule stabilisiert und weiter entwickelt werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei eine stärkere Individualisierung und Förderung vor allem in den Jahrgangsstufen 5 und 6. Die offenkundigen fachlichen Defizite im Umgang mit der großen Heterogenität sind eine wesentliche Ursache des ungebremsten Wunsches der Eltern, die ihre Kinder zum Beginn der Jahrgangsstufe 5 in ein Gymnasium umschulen wollen. Die zu oft erlebte Unterforderung ihrer Kinder in einem wenig individualisierenden Unterricht stellt eine wesentliche Motivation dieser Eltern dar.

*In Berlin bestehen zahlreiche Auswege aus der sechsjährigen Grundschule nach der Jahrgangsstufe 4 in Spezialeklassen an Gymnasien. Spätestens mit der Festlegung, dass an Gymnasien grundsätzlich das Abitur nach 12 Schuljahren abgelegt wird, haben sogenannte Schnellläuferklassen ihre Berechtigung verloren. Angesichts des bereits erreichten Ausbaustands von ca. 70 Sonderklassen 5 an Gymnasien, ist für die Grünen zu klären, ob eine schrittweise Rücknahme dieser Seitenaussteigermöglichkeit aus der Grundschule politisch gewollt und gesellschaftlich durchsetzbar ist. Möglicherweise stellen Klassen mit besonderen sprachlichen, musischen und sportlichen Profilen einen Weg der Begabungsförderung dar, der auch in den nächsten Jahren grundschulverträglich gestaltet werden kann.*

Ungeklärt bzw. umstritten ist die bildungspolitische Funktion des Gymnasiums. Für die einen ist es eine Schulform, die das Ziel verfolgt, alle Schülerinnen und Schüler, die aufgenommen werden, in sechs Jahren zu einem erfolgreichen Abschluss der Hochschulreife zu führen. Dafür müssen die Schülerinnen und Schüler gewisse kognitive Voraussetzungen mitbringen, eine erhöhte Wochenstun-

denzahl in den Klassen 7 - 12 in Kauf nehmen und sich in allen Fächern erweiterten Leistungsanforderungen stellen. Wer Ende der Jahrgangsstufe 7 die erforderliche Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit nicht nachweisen kann, muss in die Jahrgangsstufe 8 der ISS wechseln. Für andere stellt das Gymnasium ein historisch überkommenes Übel dar, das als Schulform ohne leistungsbezogene Eingangbedingungen allen offenstehen muss. In der Konsequenz soll das Gymnasium alle behalten, die es aufnimmt und so gut es geht fördern. Die Konsequenzen aus beiden Positionen für die weitere pädagogische Arbeit in dieser Schulform sind erheblich. Dabei darf die Diskussion nicht aus dem Auge verlieren, welche Auswirkungen jeweils für die entstehenden Sekundarschulen damit verbunden sind. Soll eine funktionale Differenzierung dieser beiden Schulformen akzeptiert werden, um dann die reformerischen Potentiale auszuschöpfen, die in beiden Annahmen stecken? Oder soll das Gymnasium im Sinne einer beschleunigten rechtlichen und pädagogischen Angleichung quasi von innen „ausgehöhlt“ werden? Praktische Auswirkungen hat die Diskussion zuerst auf die künftigen Aufnahmeverfahren, vor allem bei Übernachtfrage und die Funktion des Probejahrs.

Eine bisher völlig unbeachtete Problemlage ergibt sich aus der neuen Schulstruktur für die künftige Lehrerbildung. In der nächsten Legislaturperiode muss die Ausbildung von Lehrkräften (Studienorganisation, Lehramter, Vorbereitungsdienst und Berufseingangsphase) so reformiert werden, dass sie den veränderten Bedürfnissen der Schulstruktur entspricht und nicht an historisch überholten Schulformstudiengängen festhält.

Es wird deutlich, dass innerhalb der Grünen, aber auch in der Stadt reichlich Streitfragen auf dem Tisch liegen, die diskutiert werden müssen. Die Themenwerkstatt Schule hat dazu erste Ergebnisse geliefert, die nun weiter zu vertiefen sind. Und dabei sind die Herausforderungen, die die Inklusionsdebatte und der damit erforderliche Prozesse des Umbaus bzw. der Auflösung von Förderschulen schaffen, noch nicht bearbeitet.

*Hans-Jürgen Kuhn,  
Staatssekretär a.D.*



Menetekel Hamburg:

## 9 macht nicht klug

Der Tagesspiegel nennt es eine Ideologiefalle der Grünen. Das ist es nicht (nur). Die Fehleinschätzung, ein paar Jahre länger zusammen in einer Klasse macht klug, ist viel weiter verbreitet als nur bei einem Teil der Grünen. In Hamburg ist sie tatsächlich bei vielen verbreitet, insbesondere bei den MeinungsmacherInnen.

Klug macht Vielfalt, wenn sie anregend und nicht nervend oder abtötend ist. Klug macht eine stabile und motivierende Lernumgebung, klug macht bzw. beim Klugwerden hilft die Empathie und Kompetenz von LehrerInnen. Helfen kann auch ein gutes Schulsystem, in dem Verantwortung gelebt und Solidarität geübt wird. Davon ist das deutsche noch Meilen weit entfernt. Das sind zentrale Systemfragen. Vier oder sechs Jahre ist es nicht.

Klugwerden verhindert, zumindest in Großstädten wie Berlin, Hamburg oder München, die Situation in den

Hauptschulen. Sie im Rahmen eines Zwei-Säulen-Modells aufzuheben, ist eine sinnvolle und durchsetzbare Strukturänderung des deutschen Schulsystems. Hamburg hat mit den Ergebnissen der Enquete-Kommission in der vorherigen Legislaturperiode gute Vorarbeit dafür geleistet. Das Problem war nur: Die Grünen haben dies Ergebnis abgelehnt, weil nur „9 macht klug“ galt.

Strukturänderungen des deutschen Schulsystems sind hoch emotional beladen, insbesondere wenn auch das „Elternwahlrecht“ tangiert ist. Mit den Versuchen, von oben solche Veränderungen durchzusetzen, kann man Volksentscheide und Wahlen verlieren bzw. man wird sie verlieren.

Strukturänderungen sind aber dennoch, wie Schleswig-Holstein oder NRW zeigen, von unten möglich. Das Zwei-Säulen-Modell ist, wie man in Berlin sieht, umsetzbar. Danach ist aber ziemlich schnell Schluss. Das sollten alle bedenken, die Lust darauf haben, die endlich umgesetzte Strukturreform in Berlin gleich wieder aufzuschnüren und das vielleicht sogar noch beim Elternwahlrecht. Einmal Hamburg reicht.

*Dirk Jordan,  
Sprecher des Bildungsbereiches*

Restauriert:

## Die Bildungsautobahn voller Rätsel

Die Bildungsbürger-Gentry kapert jetzt nicht mehr nur Wohnquartiere, sondern restauriert gleich die passende Sonderschule Gymnasium ab Klasse 4 dazu. In teuren Wohngebieten stimmte die Mehrheit bei 50-prozentiger Beteiligung dafür, in einfachen Wohnlagen bei 25-prozentiger Beteiligung mehrheitlich dagegen. Ist das Townhouse in kulturell aufgewerteter Gegend noch allein mit Geld zu haben, braucht es für solche Ergebnisse ein wenig mehr: Angst, Geld und Engagement. Angst davor, soziales und kulturelles Kapital nicht ausreichend konkurrenzfrei in die nächste Generation tragen zu können. Und Geld, um Abstiegssängste einer erfolgreichen Mittelschicht und den Systemvorteil bildungsnah erzogener Kinder bei frühzeitiger Separation möglichst massenwirksam zu verschleiern. So ausgestattet kulminierte das Engagement automatisch im richtigen Framing: "Wir wollen lernen" war das euphemistische Schlagwort der Trennungsapologeten, die damit ausgesprochen erfolgreich die Leistungskarte ausgespielt und letztlich die Bildungsautobahn nach Master City verteidigt haben. Bildungsgerechtigkeit, gar Solidarität? Ja klar, aber bitte in getrennten Systemen. Wenn das mal kein Selbstbetrug wird.

Letztlich ist auch einem kompetenzorientiertem Lernen die Absage erteilt worden. Lernen ist mehr als der Wissenserwerb von in Curricula aufgeschlüsselten

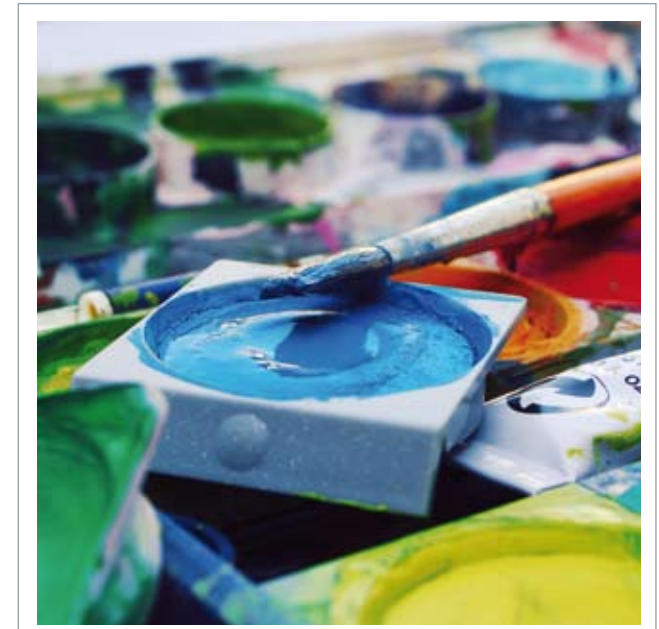
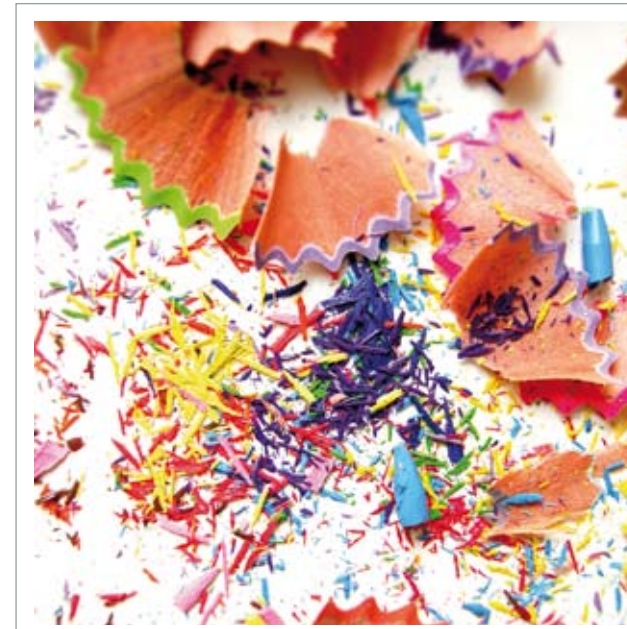
verbindlichen Inhalten, wie es dem alten gymnasialen Wissensdogma noch häufig geschuldet ist. Es ist Interaktion mit anderen und anderem und die Kompetenz, vielfältig offene Lebenssituationen zu meistern. Nicht zuletzt die OECD sieht als Schlüsselkompetenz, die den PISA-Studien zugrunde liegt: "To relate well to others." Eine Kompetenz, die insbesondere in Großstädten wie Berlin und Hamburg nicht hoch genug angesiedelt werden kann. Wie das in frühzeitig herkunftsspezifisch sortierten Gruppen geschehen soll, also innerhalb der eigenen Schicht, bleibt das große unbeantwortete Rätsel. Bleibt es ohne Antwort, so muss das Gymnasium auf den Prüfstand, wo es eigentlich schon längst hingehört. Und wer weiß: Vielleicht sind es dann die "Wir wollen lernen"-Akteure, die nun Vielfalt einfordern in der Erkenntnis, dass der Erwerb sozialer Kompetenz in heterogenen Gruppen goldenen Boden findet.

Hamburgs Politik, von der CDU bis zur Linken, zog die richtigen Konsequenzen, auch wenn zwei Jahre ein zu kleiner Schritt waren. Die Rolle der GAL kann man dabei nicht hoch genug einschätzen: Sie hat es als Motor geschafft, dass wenigstens beide Schulformen das Abitur anbieten und Gymnasien leistungsschwache Schüler nicht mehr einfach abschieben können. Gut für alle, dass das wenigstens bleibt.

*Oliver Münchhoff,  
Mitglied der Redaktion*



Von links nach rechts © 2.x misterQM, compilize, crashed / alle photocase.com



## Zusammenführen was zusammengehört

Es hat lange gedauert, bis der Begriff Bildung auch im Zusammenhang mit Bereichen außerhalb der Schule, der Aus-, Fort- und Weiterbildung in Verbindung gebracht wurde. Dass Kitas und Krippen ebenso Bildungseinrichtungen sind wie Freizeiteinrichtungen und dass es hier eines engen Miteinanders auf gleicher Augenhöhe bedarf, ist immer noch nicht allgemeiner Konsens. So begreift sich Schule noch als die Bildungseinrichtung schlechthin, die als Ergänzung mit Einrichtungen der Jugendarbeit zusammenarbeitet. So wird Jugendarbeit vor allen Dingen oft als Reparaturbetrieb gesehen, der dann ansetzen soll, wenn es Probleme gibt oder wenn Kindern und Jugendlichen eine Betätigungsmöglichkeit außerhalb von Lernzeiten angeboten werden soll.

### Bildung in der Schule muss mehr als nur Unterricht sein

Den klassischen Bildungsbegriff Lernen als einen ganzheitlichen Anspruch auf alle Lebensbereiche anzuwenden, ist weder neu noch besonders revolutionär. Verwunderlich ist nur, wie wenig sich die Realität hierzu entwickelt hat. Wir sprechen von unserem Bildungssystem und meinen damit Schulen, Universitäten und andere Ausbildungsstätten. Wir sollten uns angewöhnen von Bildungslandschaften zu sprechen, die sehr viel mehr umfassen. Damit wäre klar, dass es sich hier um ein komplexes System handelt, bei dem der Erfolg vor allen Dingen von einem Zusammenwirken abhängt. Daraus resultiert natürlich auch, dass dies nur gelingen kann, wenn alle Akteure auf gleicher Augenhöhe zusammenwirken können. Davon jedoch sind (bis auf einige Ausnahmen) die einzelnen Akteure der Bildungslandschaften noch weit entfernt. Was vielleicht im Einzelfall auf der konkreten Ebene noch klappt, nämlich die Kooperation im Kiez, ist spätestens auf der Ebene der Verwaltungen schwieriger. Da ringt die Jugendverwaltung mit der Schulverwaltung um Kompetenzen und vor allen Dingen um Mittel. Ein klassisches Beispiel hierfür sind die Schulstationen, die zwar eine große Unterstützung für die Schulen darstellen, aber nur über den Jugendetat zu finanzieren sind.

### Gemeinsam geht vieles für alle leichter

In aller Regel läuft aber eine Zusammenarbeit zwischen Jugend und Schule organisatorisch und inhaltlich getrennt. Im Ganztagsbetrieb wird eindeutig festgelegt: vormittags ist Schule und am Nachmittag im Freizeit- bzw. Hortbereich werden unter Umständen die Angebote der Vereine und Jugendeinrichtungen wahrgenommen. Häufig nicht einmal das. Aber warum sollten die Pfadfinder nicht gemeinsam mit den LehrerInnen Unterrichtstage gestalten, und warum sollte die Musikschule nicht in der Schule im Rahmen des Unterrichts Angebote machen? Sportunterricht am Vormittag in der Kletterhalle und am Nachmittag Aufsatzübungen mit LehrerInnen und ErzieherInnen - warum nicht?

Allgemeine Angebote der Jugendarbeit in den Schulalltag zu integrieren, erfordert einigen Aufwand und ist sicher nicht immer einfach. Was jetzt als Neuerung im Zusammenhang mit dem Campus Rütli genannt wird, machen einige Schulen schon lange. Leise und geräuschlos haben sich die Akteure vor Ort auf die

### Allgemeine Angebote der Jugendarbeit in den Schulalltag zu integrieren, erfordert einigen Aufwand und ist sicher nicht immer einfach

Zusammenarbeit verständigt. Es bedarf nicht immer eines Anstoßes von außen, damit sich vor Ort etwas bewegt. Es müssen auch keine Gesetze und Verordnungen geändert werden, damit eine Partnerschaft auf Augenhöhe zwischen Jugend und Schule klappt. Es gibt Schulen, in denen einiges von dem, was jetzt im Zusammenhang mit dem Campus Rütli genannt wird, schon lange gelebter Alltag ist.

### Ohne Eltern geht nichts

In einer guten Bildungslandschaft arbeiten Institutionen auch mit den Eltern zusammen. Da liegt ein weiterer möglicher Stolperstein. Eltern und Schule gehen traditionell mit einer klaren Erwartungshaltung an den jeweils anderen los. In der Regel erwarten die Eltern, dass die Schule ihren Kindern das notwendige Rüst-



© Juttaschnecke / photocase.com

Strategie ist alles

zeug für die Entwicklung gibt. Die Schule erwartet, dass die Eltern sie hierbei unterstützen. Selten gehen beide aufeinander zu ohne Forderungen an den jeweils anderen zu stellen, sondern indem sie Angebote machen. Im günstigsten Fall gibt es zum Schulanfang Bildungsvereinbarungen zwischen Eltern und Schule (vertreten durch die Schulleitung). Es gibt nicht viele Schulen, die sich dieser Mühe unterziehen.

Bildungsvereinbarungen können die Basis einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen allen Beteiligten sein. Wenn ein solcher „Vertrag“ ausgearbeitet wird,

so ist hier schon am Beginn zu erkennen, mit welchem Respekt, mit welchem Anspruch und mit welcher Offenheit vorgegangen wird. Alle Beteiligten einzubeziehen, ist ein langer und oft sehr mühseliger Prozess, der sich in der Regel aber auszahlt. Hier könnte sich deutlich erkennbar zeigen: Zu einer guten Bildungslandschaft müssen alle gemeinsam und gleichberechtigt beitragen.

Irma Franke-Dressler,  
Landesvorsitzende



## Eine unendliche Geschichte?

Kulturelle Bildung und Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Partnern

Vor ziemlich genau einem Jahr nahm ich gemeinsam mit dem Maler Norbert Bisky an einem Ideenwettbewerb teil. Unser Projekt Art@School gewann einen der Hauptpreise der BMW-Stiftung. Aufgabe von Art@School ist es renommierte KünstlerInnen und Schulen zusammenzubringen, sowie Schulen und KünstlerInnen, die sich vom vielen Orgakram abschrecken lassen, zu entlastet. Als Pilotschule wurde eine Kreuzberger Oberschule ausgesucht. Norbert Bisky stand Pate und nahm sich persönlich der Schule an. Die Kunstwerke, die die SchülerInnen mit dem Maler geschaffen haben sollten später meistbietend versteigert werden und die Versteigerungserlöse der Schulkasse zugutekommen. So weit die Theorie. Leider mussten wir nach drei Monaten feststellen, dass die Praxis anders ist, als wir dachten. Letztlich mussten wir das Projekt abbrechen und eine neue Schule suchen. Die Gründe lassen sich in einem Satz darstellen: Die Kunstlehrerin, die zugleich Fachbereichsleiterin war und unser Pilotprojekt begleitete, sah in dem Maler, der sich intensiv Zeit für die Jugendlichen nahm, eine Konkurrenz und unterstützte die Arbeit des Künstlers daher nicht.

Die Erfahrung, die wir gemacht haben, lässt sich sicherlich nicht verallgemeinern. Nichtsdestotrotz beschreibt sie ein Phänomen, mit dem sich viele außerschulischen Träger und Personen konfrontiert sehen, wenn sie mit Schulen kooperieren wollen. Die Ursachen sind vielfältig: Dazu zählt die unzureichende materielle und personelle Ausstattung der Schulen genauso wie die fehlende Qualifikation des Lehrpersonals im Umgang mit außerschulischen Partnern. Umso mehr verwundert es, dass die Hilfe und Unterstützung von außen regelmäßig abgeschlagen, im schlimmsten Fall sogar als Konkurrenz abgelehnt wird. Deshalb muss das Konkurrenzdenken zwischen Schule und außerschulischen Projekten oder Projekten im Bereich kulturelle Bildung dringend aufgelöst werden. Leider hat die Unterrichtsreduzierung in den künstlerischen Fächern dieses Konkurrenzdenken begünstigt.

Während die Kulturinstitutionen in den letzten Jahren verstanden haben, sich in diese Richtung zu verändern, kann von Bildungsreinrichtungen noch mehr

Veränderung und Öffnung im Sinne einer Schule als Kulturort erwartet werden. Das Potential von außerschulischem Personal, wie z.B. KünstlerInnen, muss stärker in Schulen eingebunden und verankert werden. Dabei brauchen die Schulen dringend eine finanzielle und materielle Ausstattung, die ihnen außerschulische Kooperationen und künstlerische Arbeit im Unterricht und in Arbeitsgemeinschaften überhaupt ermöglicht.



### Wo steht die kulturelle Bildung in Berlin?

Kulturelle Bildung ist eine der zentralen Voraussetzungen für die Entwicklung einer autonomen, selbstbestimmten Persönlichkeit. Wer früh gelernt hat, durch das Spüren der eigenen Sinne und mit Neugier und Spaß Kunst zu erleben, der ist auch erfolgreicher im

Lernen und Leben. Kulturelle Teilhabe ist auch eine Voraussetzung für soziale Teilhabe. Die Angebote müssen daher auf Chancengleichheit fußen und dürfen nicht vom Geldbeutel, der sozialen oder der ethnischen Herkunft abhängig sein.

Längst ist bewiesen, dass kognitives Lernen und sinnliches Erfahren im direkten Zusammenhang stehen.

und Frontalunterricht setzt. Kulturelle Bildung fördert Kernkompetenzen wie Kreativität, Urteilskraft und Teamgeist. Sie muss so früh wie möglich ansetzen, also nicht erst in der Schule, sondern schon in der KITA und der Familie. Genau hier spielen außerschulische Partner und Träger eine entscheidende Rolle. Aspekte der kulturellen Bildung müssen auch in der Ausbildung von ErzieherInnen, PädagogInnen aber auch von KünstlerInnen stärker berücksichtigt werden. Weiterbildungsmaßnahmen für LehrerInnen, ErzieherInnen und KünstlerInnen sowie Fortbildungen für SchulleiterInnen zum Facettenreichtum der Umsetzung kultureller Bildung sind ein Muss.

In den vergangenen Jahren haben sich verschiedene Modelle zur guten Zusammenarbeit zwischen Schule und Kultur etabliert, wie z. B. TUSCH, TanzZeit oder die Patenschaftsinitiativen Künste und Schule. Ziel sollte eine regelmäßige und nachhaltige Zusammenarbeit sein statt losgelöster und temporärer Projekte. Letztlich müssen beide Seiten, insbesondere Bildungseinrichtungen, offen sein für externe Angebote und auch selbständig auf außerschulische Partner und Träger sowie Kulturinstitutionen zugehen, sich aus eigenen Stücken informieren und nicht darauf warten, von diesen beworben zu werden. Erforderlich ist in Berlin immer noch eine transparente und einfach zu bedienende Informationsplattform für Angebote der kulturellen Bildung sowie zur Koordinierung der außerschulischen Kooperationspartnern.

**Dieser Prozess ist nur dann erfolgreich, wenn die potentiellen Partner, Schule und Träger bzw. Schule und externe Akteure (z.B. KünstlerInnen), ohne Konkurrenz einander begegnen und gemeinsam an einem Strang ziehen.**

Musische und ästhetische Kenntnisse begünstigen das kognitive Lernen unmittelbar. Daher muss die kulturelle Bildung als ein grundlegender Bestandteil einer ganzheitlichen Bildung und eines zeitgemäßen Bildungsbegriffes verstanden werden, der nicht mehr ausschließlich auf die Vermittlung von Faktenwissen

Özcan Mutlu, MDA,  
Bildungspolitischer Sprecher

Der grüne Wissenschaftskongress 2010

## Talking about Revolution - Hochschule neu denken!



© teka77 - fotolia.com

Wissenschaft und Hochschulen stehen vor weiteren Herausforderungen

Das deutsche Hochschulsystem ist in langer Zeit gewachsen und Produkt einerseits einer langen Tradition – und andererseits mindestens zweier echter Revolutionen: der Humboldt'schen, die die Grundlage für die Universität, wie wir sie kennen, gelegt hat, und der der sogenannten 68er, denen wir unter anderem die Abschaffung der Hörergelder (Studiengebühren), die Einführung der nicht nur professoralen Beteiligung in der akademischen Selbstverwaltung und letztlich auch die Öffnung der Hochschulen verdanken. Gerade diese Errungenschaften stehen in den letzten Jahren absurderweise immer stärker von vielen Seiten unter Beschuss. Während auf der einen Seite gern beklagt wird, Wissen-

schaft und Hochschulen seien teuer, wird in jeder Rede zum Wirtschaftsstandort Deutschland (oder auch Berlin) die Rolle der Wissenschaft und ihrer Ausbildungsstätten für die Wertschöpfungskette und Innovationskraft betont. Das, so die oft geäußerte Vorstellung, ginge nur mit zentralistischen, unternehmensgleichen Strukturen. Was dabei aus dem Bildungsauftrag für Individuen und Gesellschaft wird, ist eine unbeantwortete Frage. Bildung und Studium werden dann schnell zur Ware definiert, AbsolventInnen zu Produkten, und Studierende zu KundInnen. Mittlerweile zeigt sich aber bei genauerer Betrachtung: Selbst die, die noch vor zehn Jahren am lautesten nach solchen unternehmerischen

Hochschulen verlangten, sehen mittlerweile ein: So funktioniert es jedenfalls auch nicht.

In einem Kraftakt sondergleichen wurden in den letzten zehn Jahren das Studium und die Hochschulen vielerorts komplett umgekrempelt. Die Bolognareform mit Bachelor, Master und Promotionsstudium, Modulen, Creditpoints und vielem mehr hat dazu geführt, dass viele, die vor einigen Jahren einen Abschluss gemacht haben oder deren Kinder jetzt studieren gehen, die ihnen einstmals vertraute Institution Universität oder Hochschule nicht mehr wiedererkennen. Herausgekommen sind dabei oft Studiengänge, die von vornherein auf ein bestimmtes Berufsbild oder Tätigkeitsspektrum abzielen – in Zeiten sich auflösender Begrenzungen in der Arbeitswelt und der Idee des lebenslangen Lernens und der sich verändernden Berufswege eigentlich eine Absurdität sondergleichen. Die gravierende Veränderung von Studienstrukturen hat zweifelsohne weitere Auswirkungen auf Arbeitswelt und Bildungssystem und auf die Institution Hochschule selbst. Intelligent wäre es, erst zu fragen, welche Aufgaben Hochschulen wahrnehmen und wie sie im Zusammenspiel mit Gesellschaft, Wirtschaft und Staat individuelle und gemeinschaftliche Bildungsaufgaben wahrnehmen und Erkenntnisprozesse voranbringen sollen, statt eine Struktur umzusetzen und dann die Folgen irgendwie unter Kontrolle bekommen zu wollen.

Wissenschaft und Hochschulen stehen vor weiteren Herausforderungen, z. B. durch eine immer heterogenere Studierendenschaft, in der ganz Junge (Folge des Abiturs nach 12 Jahren) und Ältere (Seniorstudierende, KarrierewechslernInnen, AbsolventInnen des 2. und 3. Bildungswegs) zusammentreffen, in der sich Akademikerkinder genauso finden sollen wie die, die als allererste aus ihrer Familie überhaupt einen akademischen Abschluss anstreben, Männer in der Pädagogik genauso wie Frauen im Maschinenbau. Die Ungerechtigkeiten des bundesdeutschen Bildungssystems enden dabei bekanntlich nicht mit dem Ende der Schulzeit und Fragen von struktureller Diskriminierung sind, je weiter man nach oben schaut, um so drängender zu beantworten.

### Wir finden, es ist Zeit für eine weitere Revolution.

Unsere grünen Vorstellungen von Gesellschaft, Gerechtigkeit, Teilhabe, Verantwortung und Nachhaltigkeit müssen dabei die Richtung weisen, denn Hochschulen und Wissenschaft haben eine zentrale Rolle in der Gesellschaft, nicht mehr als (Aus-)Bildungsstätte künftiger Eliten, sondern als Ort der gesellschaftlichen Reflektion und als gemeinsamer kultureller Bezugspunkt einer Wissensgesellschaft.

Die Abgeordnetenhausfraktion schafft mit dem zweitägigen Kongress „Talking about Revolution – Hochschule neu denken!“ den Raum, umfassend und gleichzeitig detailliert und konkret über diese Veränderungen zu diskutieren. Wir wollen einerseits die großen gesellschaftlichen Fragen über die Rolle der Hochschule und die Veränderung der Wissenschaftskultur stellen. Andererseits stehen die Hochschule als Arbeitsplatz, die Frage der sozialen Öffnung der Hochschulen, die Finanzierung und vieles andere mehr auf der Tagesordnung. Und weil Reden allein noch nicht besonders revolutionär ist (auch wenn es dazugehört), wollen wir aus diesem Kongress auch mit Vorstellungen gehen, was im Land Berlin geändert werden muss, was die Hochschulen selbst ändern müssen und wie wir vor allem zu einer neuen Kultur und damit zu einer neuen Hochschule kommen. Dass wir die richtigen Fragen stellen und die richtigen Themen in den Mittelpunkt rücken, zeigt sich auch darin, dass wir viele interessante GesprächspartnerInnen für den Kongress gewinnen konnten: aus grünen Kreisen, aber vor allem auch aus der Wissenschaft, den Hochschulen und den Verbänden (Details siehe Programm auf der Fraktionswebseite).

Berlin ist traditionelle Vorreiter und Experimentierfeld im Bereich Hochschulpolitik. Wir sind bereit, an diese Tradition anzuknüpfen und neue Maßstäbe zu setzen. Wir hoffen, dass viele mit uns diese Revolution in Gang setzen.

Anja Schillhaneck, MdB,  
wissenschaftspolitische Sprecherin

## Von Umzügen, alten Bahnhöfen und neuen Tramverbindungen

Das grüne Reinickendorf ist in Bewegung

Es ist ein heißer Juniabend, die Welt ist im Fußballfieber und Paraguay hat gerade Japan 5:3 im Elfmeterschießen besiegt. Doch Heiner von Marschall und Ellen von Tayn, die beiden Vorsitzenden des Kreisverbands Reinickendorf, sind schon wieder beim Thema Politik angekommen: Im Tegeler Cafe Weill findet jetzt das Neumitgliedertreffen statt. Zweimal jährlich machen die Reinickendorfer ein solches Treffen. Schließlich ist es eine gute Gelegenheit sich kennenzulernen und einen persönlichen Kontakt aufzubauen. Mit vier gespannten und noch etwas schüchternen Neugrünen sitzen sie sowie Kreisverbandsassistent Dietmar Sittek dieses Mal auf der Terrasse des Cafes zusammen. Was zunächst nach wenig klingt, ist für den Kreisverband durchaus positiv zu werten. Denn Reinickendorf ist einer der kleineren Kreisverbände in Berlin. Zu den knapp 150 Mitgliedern sind über das letzte Jahr verteilt insgesamt 15 neue dazu gekommen. „Wir sind im Aufwind“, freut sich Heiner über die satten 10 Prozent Zuwachs.

Nach massiven Problemen mussten sich die Reinickendorfer vor einiger Zeit fast komplett neu formieren. Seit Anfang 2009 besteht der Kreisverband jetzt aus einer kleinen aber sehr engagierten Truppe. Und der Bezirk birgt noch jede Menge Potenzial, auch bei den Wählerzahlen: Bei den BVV-Wahlen im nächsten Jahr möchte Heiner von Marschall das letzte Ergebnis von sieben Prozent verdoppeln. Und wenn man sich die Ergebnisse der Europa- und Bundestagswahlen im letzten Jahr ansieht, wird deutlich, dass dieses Ziel keineswegs illusorisch ist.

Die Neuen im Cafe Weill verteilen sich altersmäßig ziemlich gleichmäßig zwischen 22 und 57 Jahren und bringen die vielfältigsten Lebensläufe mit. Heiner sind diese unterschiedlichen Typen nur recht. Er ist überzeugt, dass jedes Mitglied seine eigenen Talente und Interessen hat, die irgendwie für den Kreisverband nützlich sein können. Hier ist eben jeder wichtig. Auch der Kontakt findet auf einer individuelleren Ebene statt: Allgemeine Aufrufe funktionieren weniger, erzählt Heiner.

Wenn es konkrete Aufgaben zu erledigen gibt, spricht er daher lieber die dafür in Frage kommenden Leute direkt an. Damit wurde er bislang selten enttäuscht.

### Endlich ab in die eigenen vier Wände

Untergebracht ist der Kreisverband bislang im Rathaus Reinickendorf. Zusammen mit den grünen BVV-Mitarbeitern teilt er sich dort im ersten Stock ein kleines Büro. Das Zimmer fast am Ende eines ziemlich langen Ganges finden wohl nur absolute Rathaus-Insider auf Anhieb. Dort dominiert eine trocken-biedere Büroatmosphäre, die alles andere als die sonst so typische grüne Offenheit und Lebendigkeit ausstrahlt. Bald wird sich das endlich ändern, denn der Kreisverband bekommt seine erste eigene Geschäftsstelle. Ganz zentral in Alt-Tegel gelegen ist sie - nur ein paar Schritte von der Tegeler Hauptverkehrsader entfernt. So kann man auch Laufkundschaft ansprechen und sie auf aktuelle grünen Themen aufmerksam machen. Das ist schließlich gerade angesichts der anstehenden Wahlen im nächsten Jahr sehr wichtig.

Und mit den Öffnungszeiten ist man auch endlich nicht mehr vom Rathaus abhängig, sondern kann diese ganz kundenfreundlich in die Nachmittagsstunden verlegen. Dann, wenn die Leute allmählich Feierabend und den Kopf wieder freier haben, so erzählt Dietmar Sittek, als er einige Wochen nach dem Neumitgliedertreffen für die Stachligen Argumente schon mal eine Führung durch in die neuen Räumlichkeiten macht. Die große Fensterfront der ehemaligen Bäckerei erlaubt Vorbeigehenden einen neugierigen Blick in den großen Raum, in dem er demnächst arbeiten wird. Zusätzlich ist geplant, dort Treffen und Veranstaltungen wie zum Beispiel Filmabende durchzuführen. Jetzt muss nur ein bisschen renoviert werden, und auf der Suche nach einigen passenden Einrichtungsgegenständen ist man auch noch. Im Laufe des Septembers kann dann wohl die offizielle Eröffnung gefeiert werden, berichtet Dietmar.



© Heiner von Marschall und Karen Blachwitz

Die M1 nach Reinickendorf





© Alle Bilder: Nicole Holtz



Fest in Schönholz



## PT PankRein - Gemeinsam kämpft man besser

Eine Besonderheit im grünen Berliner Norden ist das Projektteam PankRein. Darin sitzen Reinickendorfer und Pankower Grüne gemeinsam an einem Tisch um Projekte anzugehen, die beide Bezirke verbinden. Alle Interessierten können mitmachen und sich in den eigens angelegten Mailverteiler eintragen. Etwa alle zwei Monate treffen sich die PankReiner dann um gemeinsam zu diskutieren und zu planen.

Aktuell geht es in erster Linie um die Vorbereitung für das Fest am Grünzug Schönholz. Und es gibt hier so einiges zu planen: Mehrere Organisationen werden mit Infoständen vertreten sein, neben Essen und Trinken gibt es ein musikalisches Rahmenprogramm. Das alles dient dazu, die Bürger auf die schützenswerten Grünflächen des ungenutzten Bahnhofsareals aufmerksam zu machen. Derzeit zeigen verschiedene Discounter Interesse daran, dort große Neubauten hinzusetzen. Dabei hat sich in den letzten 40 Jahren auf dem Gelände eine sehr vielfältige Natur entwickelt. Und gerade die Reinickendorfer der Umgegend könnten dort eine öffentliche Grünfläche gut gebrauchen. Anders als in Tegel, Hermsdorf oder Frohnau sind diese dort rar gesät. Auch ein zweites PankRein-Projekt gibt es bereits: Die Verlängerung der Tramlinie M1. Sie soll die bestehende Lücke im ÖPNV zwischen dem Märkischen Viertel und Rosenthal sowie Niederschönhausen endlich schließen und eine bessere Verbindung zwischen den Ost- und West-Stadtteilen ermöglichen. So können Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten der Stadtteile auch von den Bewohnern des jeweils anderen Viertels genutzt werden. Gerade das Märkische Viertel mit seinen rund 35.000 Einwohnern verfügt aktuell weder über einen U-Bahn- noch über einen Tram-Anschluss und ist verkehrstechnisch damit ziemlich abgehängt.

## Grün im Landeanflug auf Tegel

Ein großes Thema schlummert in Reinickendorf derzeit noch ein wenig vor sich hin: Die Schließung des Tegeler Flughafens wurde gerade um gut ein halbes Jahr nach hinten verschoben und ist in den Köpfen der Reinicken-

dorfer noch nicht wirklich präsent. Doch je näher die Wahlen im nächsten Jahr rücken, desto mehr wird sie in den Vordergrund rücken. Um dafür schon einmal etwas Vorarbeit zu leisten, hatte der Kreisverband bei der letzten Landesdelegiertenkonferenz einen Beschluss eingebracht, der die Forderungen zur Nachnutzung des Flughafens zusammenfasst.

Ein Recycling der Argumentationen zum Flughafen Tempelhof wird es aber nicht geben. Die Problematiken der beiden Flughafenschließungen unterscheiden sich erheblich, erklärt Heiner von Marschall: Während es in Tempelhof stärker um die Frage des öffentlichen Zugangs ging, stehen bei Tegel besonders Form und Umfang der industriellen Nachnutzung zur Debatte. Hohe ökologische und energetische Standards sollen eingehalten werden und Neubauten nach den Grundsätzen nachhaltigen Bauens erreicht werden. Außerdem hat die Fläche einen positiven Einfluss auf das Stadtklima, der bei einer zu starken Bebauung verloren gehen würde.

Sichtbar sein und als Wirksam wahrgenommen zu werden, so beschreibt Heiner von Marschall die besonderen Herausforderungen, die für den Reinickendorfer Kreisverband bestehen. Mit dem neuen Büro macht der Kreisverband einen großen Schritt in Richtung Sichtbarkeit und im PankRein Projekt und der Arbeit zur Tegel-Schließung stellen sie ihre Wirksamkeit unter Beweis. Insoweit kann man Heiner nur zustimmen: Der Kreisverband Reinickendorf ist im Aufwind.

**Neugierig geworden? Dann meldet Euch bei Dietmar unter [kreisverband@gruene-reinickendorf.de](mailto:kreisverband@gruene-reinickendorf.de).**

Die neue Geschäftsstelle befindet sich demnächst in der Brunowstraße 49 in Alt-Tegel. Und wenn Ihr Lust habt, beim PT PankRein mitzumachen, könnt Ihr Euch unter [ptpankrein@gruene-pankow.de](mailto:ptpankrein@gruene-pankow.de) für den Mailverteiler anmelden.

*Nicole Holtz,  
Mitglied der Redaktion*

## Politik mit der Stadt – nicht über sie hinweg

**Die 23 Abgeordneten der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus sind gut vorbereitet auf das letzte Jahr der Legislaturperiode. Um welche Kernthemen es im kommenden Jahr geht, darüber schreiben die Fraktionsvorsitzenden Ramona Pop und Volker Ratzmann.**

Im politischen Sommer 2010 wirkt der Senat bei den gegenwärtig drängenden Entscheidungen und den Zukunftsfragen der Hauptstadt wie gelähmt. Das einzige, das sich unter dem Regierenden Bürgermeister wirklich entwickelt, ist der Filz in der Stadt – diesmal mit rot-rotem Anstrich –, wie die Skandale um die Treberhilfe, die HoWoGe oder das Spreadreieck deutlich machen.

Aber: So berechtigt die Kritik und die Erwartung, dass dieser Senat sich selbst immer tiefer in die Misere hineinregiert, auch sind, so wenig reicht es uns, einfach abzuwarten. Wir sind jetzt gefragt, Ideen und Zukunftsprojekte für die Stadt zu entwickeln. Im kommenden Jahr werden wir uns auf drei große Initiativen konzentrieren: den Ausbau der Green Economy im Rahmen eines Green New Deals für Berlin, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und die Etablierung einer neuen politischen Kultur der Gemeinsamkeit in Berlin.

### **Green Economy: Berlin als Modellstadt für klimafreundliches Wirtschaften**

Mit der Green Economy machen wir Berlin zum Modell für ein neues nachhaltiges und klimafreundliches Wirtschaften und schaffen gute und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Wir wollen die wirtschaftlichen Potenziale im Bereich der grünen Wirtschaft und Industrie nutzen und die Kompetenzen des Standortes vernetzen. Wir wollen dem Klimawandel ohne Wenn und Aber entgegenreten und Berlin zur Hauptstadt der erneuerbaren Energien machen.

Bislang wird Berlin als Wirtschaftsstandort national und international kaum wahrgenommen. Wir setzen uns zum Ziel, dies zu ändern. Wir sehen die Zukunft unserer Wirtschaft in der grünen Wirtschafts- und Industriepolitik, in den Umwelt- und Energietechnologien, und zwar im Zusammenhang mit der Gesundheits-

wirtschaft, mit nachhaltigem Tourismus und mit dem Bereich einer neuen Mobilität.

**Sozialer Zusammenhalt: Berliner Mischung erhalten**  
In den letzten Jahren ist in vielen Kiezen eine besorgniserregende Entwicklung zu beobachten. Insbesondere in den Innenstadtbezirken steigen die Mieten viel schneller als die Kaufkraft und die Löhne. Wir wollen der weiteren sozialen Spaltung der Stadt Einhalt gebieten und die Berliner Mischung erhalten. Die soziale Stabilisierung der besonders benachteiligten Quartiere ist nicht nur Bezirksaufgabe, sondern Verantwortung der gesamten Stadt.

Unser Ziel ist es, jeden Menschen in die Lage zu versetzen, seine individuellen Fähigkeiten und Lebenschancen zu entfalten. Wir wollen eine gerechte Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen erreichen und allen Menschen Zugangschancen zu guter Arbeit, Bildung, Kultur, Gesundheit und gesellschaftlicher Teilhabe eröffnen. Dazu gehört, dass in Kita und Schule kein Kind zurück gelassen werden darf. Doch im Herbst droht ein Reformchaos an den Berliner Schulen. Die Schulstrukturreform ist zwar ein richtiger Schritt, doch der rot-rote Senat versagt bei der Umsetzung. Jetzt gilt es, die zahlreichen Reformen der letzten Jahre im Bildungsbereich vernünftig umzusetzen und auszubauen – das wird eine große Herausforderung für die kommenden Jahre.

### **Dialog mit der Stadt: Eine neue politische Kultur der Gemeinsamkeit**

Wir stehen für einen Politikstil, der geprägt ist von einer konstruktiven Atmosphäre des gegenseitigen Respekts. In unserer Stadt leben viele Menschen, die mitreden und mitgestalten wollen. Dieses Engagement wollen wir unterstützen, denn grüne Politik bedeutet gemeinsam mit den Menschen neue Ideen zu entwickeln. Wir wollen Dialogbereitschaft fördern und transparenten Umgang mit Informationen und Entscheidungen sicherstellen.

Ausdrücklich wollen wir uns als Teil dieses Politikstils als Partner den Institutionen und Akteuren in dieser



© toki / photocase.com

*Nachhaltiges und klimafreundliches Wirtschaften*

Stadt anbieten, darunter den Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften und ReligionsvertreterInnen. Wir wollen mit neuen Bündnissen handlungsfähiger werden, auch über Parteigrenzen und das starre Denken in den Kategorien Regierung und Opposition hinweg – im Interesse der Menschen in dieser Stadt.

### **Das grüne Angebot an ganz Berlin**

Wir werden mit mutigen, zukunftsweisenden, aber zugleich auch machbaren Antworten auf die Herausforderungen dieser Stadt in den politischen Wettbewerb im kommenden Jahr treten. Sicher wird es nicht leicht – wir kennen den Berliner Haushalt. Uns ist klar:

Wir werden unsere Ideen nachhaltig und glaubwürdig nur auf Basis solider Staatsfinanzen umsetzen. Wir versprechen nicht Reichtum für alle, sondern wollen gute Perspektiven für alle schaffen. Und wir wollen, dass alle gemeinsam Verantwortung für die Stadt übernehmen. Für ein Berlin, das nicht nur in Würde lebenswert für alle ist, sondern das den Menschen gefällt und ihnen Lebensfreude gibt.

*Von Ramona Pop und Volker Ratzmann,  
Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen  
im Abgeordnetenhaus*



© Ilesl-berlin / photocase

## Mit der Stadt regieren

**Unser Bezirkkongress zeigte: Bürgerbeteiligung ist eine Grundhaltung und ein Prozess**

Ob Mediaspree oder Kastanienallee, das Bauvorhaben in der Nachbarschaft oder die Baumscheibe vor der Haustür, es gibt kaum einen Gegenstand von öffentlichem Interesse, bei dem die Berlinerinnen und Berliner nicht auf den Plan treten, sich Gehör verschaffen, mitbestimmen und mitgestalten wollen. Dabei werden die Mittel der digitalen Gesellschaft und das schlechte Image der Politik weiter dazu beitragen, dass diese Stimmen der aufgeklärt-selbstbewussten und engagierten Berliner Einwohnerschaft nicht leiser werden. Das rot-rote Negativbeispiel zeigt, dass der Stadtstaat Berlin mit seinen zwölf Bezirken sich nicht mehr einfach zum schweigenden Objekt eines Fünf-Jahres-Plans des Regierungshandelns reduzieren lässt. Unser erster bündnisgrüner Berliner Bezirkkongress hat gezeigt, dass wir einen neuen politischen Stil für mehr Mitbestimmung und Partizipation brauchen. Was bedeutet es aber konkret, wenn man nicht gegen die EinwohnerInnen oder über sie hinweg, sondern mit der Stadt regieren will?

### **Keine Weltformel, aber ein paar Standards**

Gute Bürgerbeteiligung lässt sich nicht auf einen einfachen Nenner bringen. Wer, wie und wann aus welchem Anlass zu beteiligen ist, muss von Fall zu Fall ausgehandelt werden. Das Verfahren muss sich der Dynamik des Geschehens anpassen, nicht umgekehrt. Entscheidend ist der Vorsatz von Verwaltung, Politik und EinwohnerInnen, sich aufeinander einlassen zu wollen. Da es hier vielfach sowohl dem Inhalt wie dem Verfahren nach um Einzelfallentscheidung geht, ist eine unablässige Bedingung die Grundhaltung, bei allen Entscheidungen und Vorhaben auch immer die Frage mitzubedenken, wie Betroffene informiert und einbezogen werden können. Auch da, wo es keine gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren gibt.

Gerade weil wir Grüne regelmäßig über das vorgeschriebene Mindestmaß an Beteiligung hinaus gehen (wollen), ist zweitens die Frage wichtig, welche Standards wir einhalten müssen, um berechtigt sagen zu können, dass Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen angemessen beteiligt wurden.

BürgerInnenbeteiligung braucht Standards, und zwar härtere als die, die in Berlin gegenwärtig gelten. Das betrifft insbesondere die Verbindlichkeit, EinwohnerInnen über Vorhaben in ihrem Lebensumfeld zu informieren, und zwar sowohl frühzeitig als auch fortlaufend im Prozess. Genauso essentiell ist es, das Bedingungsgefüge des Verfahrens zu kommunizieren. Dieses Gefüge umfasst die rechtlichen, finanziellen sowie verwaltungstechnischen Voraussetzungen eines Vorhabens und vor allem, welche Gestaltungsspielräume tatsächlich existieren. Und nicht zuletzt: Wann hat das Reden ein Ende und was wird (von wem) dann entschieden. Nur solche Standards, die zwischen den Beteiligten vorab verabredet werden, können Vertrauen aufbauen statt Enttäuschung oder sogar Anklagen zu provozieren, es handele sich bei all dem Beteiligungs-Gedöns nur um Alibiveranstaltungen.

## Von der Konfrontation zur Win-Win-Situation

Alibiveranstaltungen kann man sich gleich sparen, und zwar im ganz wörtlichen Sinne. Geld auszugeben, um noch mehr Politikverdrossenheit zu produzieren, können wir uns nicht leisten. So muss immer wieder geprüft werden, ob die einzelnen institutionalisierten Formen der Beteiligung (Quartiersmanagement, Stadtteilausschüsse, Betroffenenvertretungen), die wichtig sind, ihren Zweck noch optimal erfüllen. Sie dürfen anderen Beteiligungsformen und Initiativen „von unten“ nicht zum Nachteil gereichen. Außerdem müssen sie es schaffen, auch leiseren Stimmen in der DiverCity Berlin Gehör zu verschaffen, und sei es mithilfe von aktivierenden, aufsuchenden Instrumenten der Beteiligung. Vor allem aber muss evaluiert werden, wo beim Dialog zwischen BürgerInnen, Politik und Verwaltung die Einbeziehung von intermediären Akteuren, von externer Moderation, tatsächlich sinnvoll ist und wo man besser

direkt in Fortbildung der VerwaltungsmitarbeiterInnen investiert hätte. Bürgerbeteiligungskompetenzen müssen stärker in der Verwaltung selbst verankert werden.

Warum also haben die Berliner Bezirke zum Beispiel keine „Beteiligungsbeauftragten“, die sowohl das Existieren der beschriebenen Grundhaltung verkörpern als auch die einzelnen Beteiligungsprozesse anregen und begleiten? Eine beteiligungsfreundliche Verwaltung braucht das Know-how und die Ressourcen, um den Anforderungen der EinwohnerInnen gerecht zu werden. Es geht um ausreichendes und qualifiziertes Personal, durchlässigere Strukturen und präzisere Aufgabenbeschreibungen. Und es geht um Augenhöhe. Augenhöhe nicht im Sinne gleichen Wissens aller Beteiligten, sondern im Sinne von gegenseitigem Respekt – eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen jeder Kommunikation.

Gelungene Kommunikation, gelungene Beteiligung, das zeigt die Erfahrung, kann erstaunliche Kräfte freisetzen. Da werden Bäume auf einmal nicht mehr gefällt, sondern neue gepflanzt. Da passen auf einmal über hundert Kinder mehr in die Grundschulen einer Schulregion als zuvor errechnet. Und da gerät ein für alle zugängliches Spreeufer immerhin in den Bereich des Möglichen. So etwas nennt man eine Win-Win-Situation.

Die alte Politik à la Rot-Rot hat hier mehr Frust als Potenziale zu wecken gewusst. Es wird an uns liegen, durchzubuchstabieren, wie man wirklich mit der Stadt regiert. Fangen wir beim Wahlprogramm damit an.

*Daniel Wesener,  
KV Friedrichshain-Kreuzberg, Fraktionssprecher*

*Stefanie Remlinger,  
KV Pankow, Fraktionsvorsitzende*

Mehr über Beteiligung und den Bezirkkongress?  
Dann: [gruene-berlin.de/site/kopofa.html](http://gruene-berlin.de/site/kopofa.html)

## Neues aus Europa

Seit einem Jahr ist die neue Grüne/EFA-Fraktion im Europäischen Parlament am Werk. Mit 55 Mitgliedern sind wir die viertstärkste Fraktion nach den Konservativen, den Sozialdemokraten und den Liberalen. Für mich waren meine ersten 12 Monate im Europäischen Parlament immer spannend. Mein erster Bericht wurde im Plenum abgestimmt. Das Thema: Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung. Wir konnten Themen auf die Agenda setzen, sei es mit Konferenzen oder Anträgen, zahlreichen Berichten konnten wir einen grünen Stempel aufdrücken, und vieles andere mehr. Im Parlament betreue ich vor allem die Themen Migration, Entwicklung, Türkei und Zypern. Außerhalb der Parlamentsmauern bin ich für die Bundesländer Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und eingeschränkt auch für Brandenburg zuständig.

In diesen Themenbereichen stehen gerade einige wichtige Entscheidungen an. Im Bereich Migration und Asyl überarbeiten wir zum Beispiel gerade das FRONTEX-Mandat. FRONTEX hat als Grenzschutzagentur, die vor allem MigrantInnen abfangen soll, in der Vergangenheit mehrfach Menschenrechte verletzt. Wir wollen das Mandat so gestalten, dass dies nie wieder passiert und dass FRONTEX transparenter wird und dem Parlament Rede und Antwort stehen muss. Weiterhin werden gerade einige Asylrichtlinien neu überarbeitet. Da geht es unter anderem darum, wer alles unter die Kategorie Flüchtling fällt und damit Schutz erhalten muss.

Der Bereich Entwicklung ist nicht weniger spannend. Nach dem Kampf um die strukturelle Einordnung der Entwick-



lungspolitik neben dem neuen Auswärtigen Dienst stehen jetzt zahlreiche inhaltliche Schwerpunkte auf der Agenda. Zum einen werden dieses Jahr die Millenniumsentwicklungsziele überprüft, die immer noch bei weitem nicht erfüllt sind. Zum anderen stehen eine Reihe Entscheidungen in anderen Politikfeldern an, die Auswirkungen auf Entwicklungsländer haben werden: Die Reform der Agrarpolitik ebenso wie die Reform der Fischereipolitik, aber auch ein neues Anti-Piraterie-Abkommen (ACTA), das den Zugang zu Generika erschweren könnte.

In der Türkei ist natürlich die Beitrittsdebatte von größter Bedeutung, aber auch die Reformvorhaben der Regierung sowie umstrittene Energievorhaben wie der Bau von Atomkraftwerken und des Staudamms bei Hasankeyf. Und in Nord-Zypern wurde im Frühling ein neuer Präsident gewählt, der nun am Verhandlungstisch mit der Republik Zypern sitzt und neue Akzente setzt – in welche Richtung, werden wir verfolgen müssen.

Zu guter Letzt stehen auch noch Wahlen in Sachsen-Anhalt an. Im März 2011 will der Landesverband die 5%-Hürde knacken. Es sieht nicht schlecht dafür aus, aber uns steht noch ein langer Wahlkampf bevor und Hilfe ist immer gern gesehen!

Mehr Infos über unsere tägliche Arbeit im Parlament und darüber hinaus findet ihr auf meiner Webseite [www.skakeller.de](http://www.skakeller.de).

*Ska Keller,  
Mitglied des Europäischen Parlaments*



## Neues aus der Dirschauer

Diesen Sommer fanden einige Aktionen von und mit der Grünen Jugend Berlin statt. Zum einen haben wir gemeinsam mit anderen Organisationen vor dem Brandenburger Tor Robin Hood gespielt und für die Einführung einer Transaktionssteuer gestritten. Außerdem sind einige Aktive, wie jedes Jahr, bei der Fahrradsternfahrt durch weite Teile Berlins geradelt. Auch die schwarz-gelbe Atompolitik treibt uns regelmäßig auf die Straßen und Plätze. Wir wollen den Atomausstieg verteidigen und eine moderne Energiepolitik umsetzen. Hierzu werden wir auch im Herbst bei der großen Anti-Atom-Demo am 18. September und den Castor-Protesten im November mit viel Einsatz beteiligt sein. Natürlich waren wir auch dieses Jahr auf dem CSD vertreten und haben, neben der Unterstützung der LAG Queergrün, einen eigenen Aufkleber mit dem zur Fußball-WM passendem Spruch „Queer the Champions“ verteilt. Zu unseren Aktiventreffen luden wir VertreterInnen der verschiedenen Jugendorganisationen ein, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Selbstverständnis und Programm, aber auch der Struktur und Arbeitsweise auszuloten. Es stellte sich heraus, dass Schwarz-Grün weiterhin keine Option für die Grüne Jugend Berlin ist.

Innerparteilich beschäftigte uns der Programmprozess, mit den diversen Werkstätten. Hier lag uns natürlich besonders das Thema Schul- und Bildungspolitik am Herz. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Jugendliche gemeinsam Lernen und jegliche Selektion abgeschafft wird.

Dieses Engagement wollen wir bei den Werkstätten im Herbst noch verstärken, um ein, auch für jugendliche und junge Erwachsene ansprechendes Wahlprogramm vorzubereiten.

Wichtig ist uns bei diesem Prozess, dass nicht nur der Landesvorstand, sondern all unsere Mitglieder mit ihrem Fachwissen mitmischen können.

Auch an der „Freiheit statt Angst“-Demo im September wollen wir mit vielen Aktiven und eigenem Material mitwirken. Zusammen mit neuen Aktiventreffen und neuen Mitgliedern zu Beginn des Schuljahrs und des Semesters, dem grünen Werkstättenprozess und den ersten Vorbereitungen des eigenen Wahlkampfs für das nächste Jahr stehen im Herbst einige Aufgaben vor uns.

Mit vielen interessierten Menschen und (wieder) aktiven Bezirksgruppen in Neukölln und Tempelhof-Schöneberg wird uns das aber sicher gelingen.

*Armin Feistenauer und Madeleine Richter  
SprecherInnen der Grünen Jugend Berlin*



## Neues aus der Kommandantur

### Die Erwartungen wachsen

Von Sommerpause war in diesem Jahr wenig zu merken. Das hat sicherlich damit zu tun, dass der Rythmus einer Parteiorganisation nicht mit dem des parlamentarischen Betriebes übereinstimmt. Es dürfte aber auch mit dem Umfragehoch zu tun haben, das uns noch mehr in den Fokus der Öffentlichkeit rückt als ohnehin schon. Bereits zu Beginn des Jahres haben wir mit den ersten Vorbereitungen begonnen, jetzt ist allorts klar, warum.

Während die Medien um uns zu rotieren scheinen – vor allem um mögliche Personalvarianten – dürfen wir keinesfalls den Fehler machen, nur um uns selbst zu kreisen. Die Programmatik, die wir derzeit auf Werkstätten, in Konferenzen, mit den LAGen und Kreisverbänden und nicht zuletzt den Mitstreiterinnen und Mitstreitern in den Parlamenten entwickeln – sie ist für die Stadt, für das Land Berlin. Das verlangt von uns Sorgfalt und Weitsicht, bei der Bestimmung wie Formulierung unserer Schwerpunkte und Forderungen. Hier sind wir auf einem guten Weg – und begegnen so auch dem gesteigerten Medieninteresse offen, kreativ und immer "gut sortiert".

Denn der Weg wird ein weiter sein, so heißt es. Wir wollen ein Programm für die ganze Stadt vorlegen – von Schlachtensee bis Biesdorf, von Rudow bis Buch. Unsere Stadt entlang der Richtschnur guter Lebensqualität zu entwickeln – darum geht es uns. Und natürlich wollen wir dann Menschen für die Umsetzung dieses Programmes ins Rennen schicken, die für Bündnisgrün begeistern können und das von uns gegebene Versprechen guten Regierens auch einlösen. Ein solches Angebot für die Stadt braucht es, dann werden wir die an uns gerichteten Anforderungen nicht nur erfüllen können, sondern die Begeisterung für Bündnisgrün noch weiter befeuern.

An dieser Stelle schreiben im Wechsel die beiden Landesvorsitzenden Stefan Gelbhaar und Irma Franke-Dressler. „Kommandantur“ meint scherzhaft die Landesgeschäftsstelle. Ihr Sitz ist in der Kommandantenstraße 80 in Berlin-Mitte.

*Stefan Gelbhaar  
Landesvorsitzender*



## Neues aus dem Abgeordnetenhaus

Es ist nichts Neues: Klaus Wowereit lässt viel Potenzial in Berlin ungenutzt. Dazu gehören all die Ideen, die Erfahrung und die Kraft der Bürgerinnen und Bürger, die sich in die Politik einbringen möchten. Das wollen wir ändern mit einem neuen, grünen Politikstil. Wir suchen den Dialog mit den Berlinerinnen und Berlinern. Und das ist nicht nur ein Lippenbekenntnis: Zurzeit werden im Abgeordnetenhaus gleich mehrere grüne Initiativen zur einfacheren Beteiligung der BürgerInnen verhandelt.

Zum Beispiel wollen wir erreichen, dass Bürgerentscheide auf Bezirksebene verbindlich werden. Auch bei Volksentscheiden kämpfen wir für faire Bedingungen, etwa für einen fairen Abstimmungstermin. Wir fordern: eintragen die InitiatorInnen von Volksentscheiden, dass ihr Anliegen zeitgleich mit einer Wahl abgestimmt wird, so muss das genehmigt werden. Das spart dem Land Berlin übrigens auch 1,4 Millionen Euro für einen separaten Abstimmungstermin.

Wenn der Senat Einrichtungen der Stadt an Dritte übergibt, muss das transparent und öffentlich geschehen. Ein bürgernaher Senat versteckt sich nicht hinter Geheimverträgen. Anders der rot-rote Senat bei den Verträgen mit den Berliner Wasserbetrieben oder mit der S-Bahn. Schließt das Land zu diesen oder anderen Bereichen der Grundversorgung Verträge mit Dritten, so müssen die Konditionen für alle transparent sein. Nur so können die BerlinerInnen sicher gehen, dass Verträge zugunsten des Gemeinwohls und nicht zum Wohl der neuen Betreiber abgeschlossen werden. Dank unserer Hartnäckigkeit sind die Bedingungen für die Einsicht wesentlich verbessert worden.

Die Zeiten selbstgefälligen Regierens in Berlin sind vorbei – wir wollen Demokratie anders und besser wagen!

*Ramona Pop und Volker Ratzmann,  
Fraktionsvorsitzende*



Direkte Demokratie in der Europäischen Union:  
**Die Europäische Bürgerinitiative**

Die Grünen waren immer für den Lissabon-Vertrag, unter anderem weil er die Möglichkeit einer europäischen Bürgerinitiative vorsieht. Dieses Instrument steht kurz vor seiner Realisierung.

Ab 2011 wird die Europäische Union „eine völlig neue Dimension der partizipatorischen Demokratie“ kennenlernen, schreibt die Europäische Kommission euphorisch. Sie hat zum 31. März 2010 ihren Entwurf zur Verordnung über die Bürgerinitiative vorgelegt, über den das Europäische Parlament und der Rat nun beraten. Zum Jahresende soll die Verordnung in Kraft treten. Die Europäische Bürgerinitiative gehört dann zum Instrumentenkasten der EU-Demokratie.

Die Europäische Bürgerinitiative will weiterreichen als die bisherigen Partizipationsmöglichkeiten. Durch sie sollen Themen von europäischer Relevanz auf die Agenda der Kommission, die in der EU das Initiativrecht für EU-Rechtsetzung innehat, gesetzt werden können. Bei Erfolg kann so ein neues EU-Gesetz auf den Weg gebracht werden. PolitikerInnen und NGOs hoffen auf eine Belebung des Dialogs zwischen BürgerInnen und Institutionen, auf ein aktives Interesse der UnionsbürgerInnen an EU-relevanten Themen und eine „Europäisierung der Zivilgesellschaft“ (Kommission).

Auf jeden Fall bildet die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative einen Lernprozess vieler EU-Mitgliedsländer hinsichtlich einer über Wahlen hinaus erweiterten Partizipation. Nur 12 der EU-Mitgliedstaaten kennen bisher das Instrument des Bürgerbegehrens. Die Einführung der Bürgerinitiative ist daher auch zu werten als ein Kompromiss zwischen den EU-weit unterschiedlichen politischen wie rechtlichen Kulturen und dem in manchen Mitgliedstaaten vorhandenen Misstrauen gegen Plebiszite.

Ob die ganze Aktion etwas taugt, ob tatsächlich europäische Initiativen und Debatten zustande kommen oder ob Europäische Bürgerinitiativen die Ausnahme bleiben werden, hängt jetzt wesentlich von der Ausgestaltung der Konditionen und Regularien ab, auf die das Europäische Parlament und der Rat sich ver-

ständigten. Alle Beteiligten beschwören machbare und transparente Verfahren. Worin diese im Einzelnen bestehen, ist in wichtigen Teilen weiter umstritten. Gerald Häfner, grüner MdEP und vormals Sprecher von Mehr Demokratie e.V., betont, dass die Verfahren so gestaltet sein müssten, dass die Europäische Bürgerinitiative ein Demokratie-Erfolg wird, weil ein Partizipationsangebot mit realiter nicht erfüllbaren Bedingungen den Demokratiefrost steigern müsse. Das Europäische Parlament hat ihn am 3. Juni zu einem seiner vier Berichtersteller zur Europäischen Bürgerinitiative bestellt.

Der jetzige Vorschlag der Kommission sieht vor, dass binnen zwölf Monaten eine Million Unterschriften in einem Drittel der Mitgliedstaaten (also in neun Ländern) gesammelt werden müssen, wobei eine Mindestzahl an Unterschriften pro Mitgliedstaat vorgesehen ist. Für den Datenschutz gelten die innerstaatlichen Standards. Allgemeingültig sein soll allerdings die Bedingung, neben der Unterschrift und Adresse die Ausweisnummer angeben zu müssen. Ob eine Initiative überhaupt zulässig ist, nämlich ob sie den EU-Grundwerten entspricht und in die Kompetenz der Kommission als Hüterin der Verträge fällt, soll geprüft werden, wenn 300 000 Unterschriften aus drei Ländern vorliegen. Gelingt es einer Initiative, ihren Regelungsvorschlag der Kommission vorzulegen, muss diese binnen vier Monaten Stellung dazu nehmen. Falls sie ein Thema ablehnt, muss sie dies gegenüber dem Europäischen Parlament begründen.

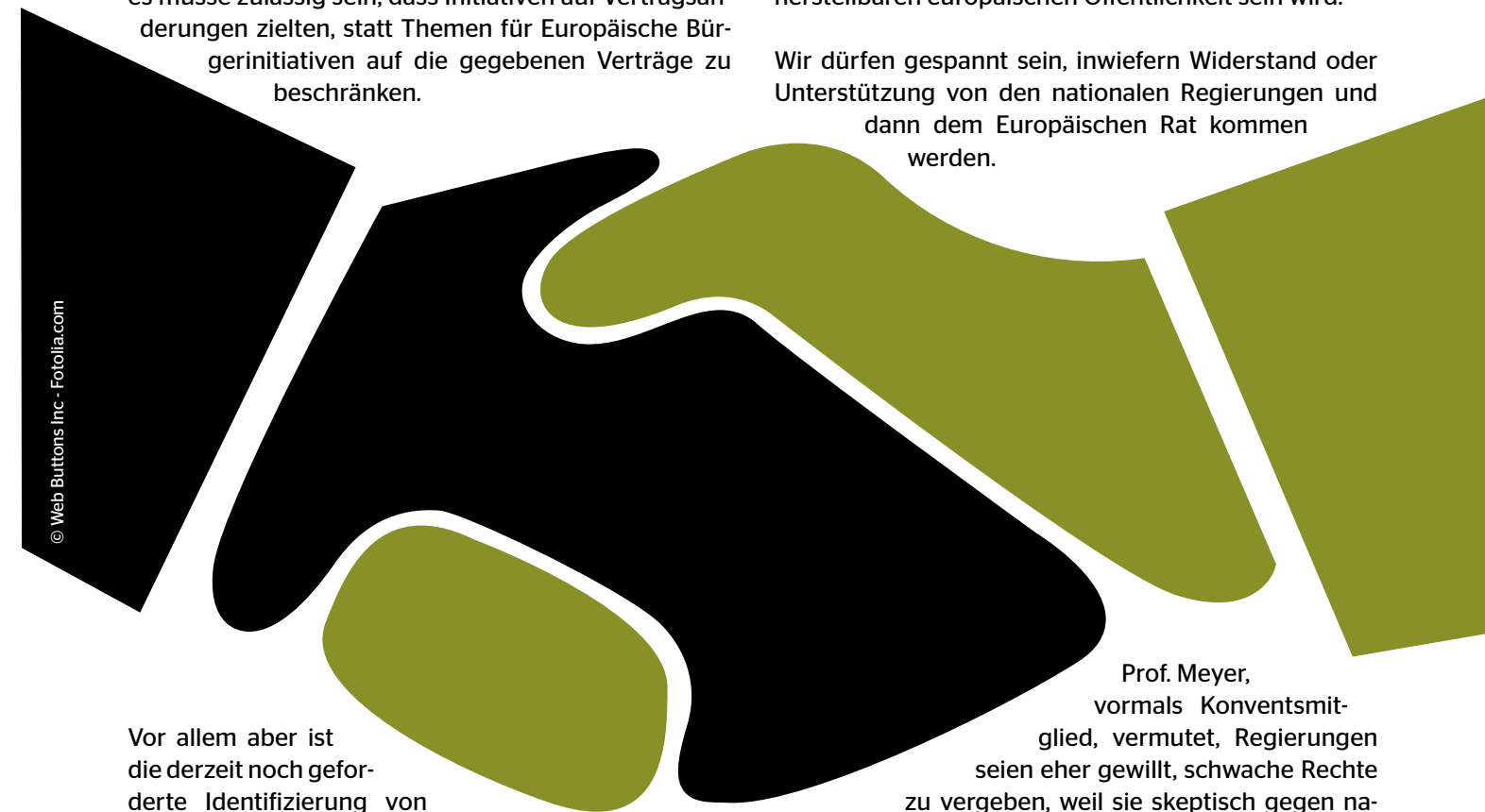
Weitgehend besteht Konsens, dass eine gute Lösung für die Stimmbeteiligung gefunden ist. Kleinere Staaten müssen relativ mehr Stimmen aufbringen als größere. Dissens aber besteht darüber, in wie vielen Ländern Unterschriften gesammelt werden müssen, wie viele Unterschriften absolut zu erbringen sind und ob nicht auch 16jährige schon abstimmungsberechtigt sein können. Insbesondere Demokratie Jetzt e.V. und ihre europäischen Partner argumentieren, es könne nicht um Repräsentativität gehen, da es nicht um Wahlen oder legislative Beschlussfassung gehe. Entscheidend müsse die Signifikanz sein. Eine Initiative müsse als Anliegen einer relevanten Minderheit erkennbar gemacht

werden, wofür ein Viertel oder ein Drittel der Länder - immer noch sechs - und deutlich weniger als eine Million Unterschriften ausreichen sollten.

Umstritten ist auch der Zeitpunkt der Zulassungsprüfung. Die FDP fordert wie Mehr Demokratie, sie müsse deutlich früher stattfinden, wolle man nicht Frust statt Lust auf Demokratie produzieren. Zudem müssten grundrechtswidrige Initiativen, z. B. rassistische, rasch gestoppt werden können. Viele Stimmen fordern auch, es müsse zulässig sein, dass Initiativen auf Vertragsänderungen zielten, statt Themen für Europäische Bürgerinitiativen auf die gegebenen Verträge zu beschränken.

Derzeit stehen NGOs dem Instrument noch skeptisch gegenüber. Für sie, die sie per Fachberatung, Lobbying, Medienarbeit und Kampagnen kontinuierlich und thematisch gezielten Einfluss aufgebaut haben, erscheint das ergebnisoffene Instrument des Bürgerinitiativrechts weniger attraktiv. Umso deutlicher wird der Debattecharakter eines solchen Verfahrens, in dem wohl tatsächlich ihr spezifischer Wert liegen wird. Für ihre Unterstützung muss öffentlich argumentiert werden, was ein wertvoller Beitrag zu einer chronisch schwer herstellbaren europäischen Öffentlichkeit sein wird.

Wir dürfen gespannt sein, inwiefern Widerstand oder Unterstützung von den nationalen Regierungen und dann dem Europäischen Rat kommen werden.



Vor allem aber ist die derzeit noch geforderte Identifizierung von UnterstützerInnen mittels Personalausweisnummer skurril. Hierauf hebt auch die kleine Anfrage ab, die die grüne Bundestagsfraktion am 7. Juli gestellt hat. Jenseits der datenschutzrechtlichen Probleme wird hierzulande die Bereitschaft, eine bei uns unübliche Identitätsnummer bei einer Unterschriftensammlung anzugeben, gering sein.

Prof. Meyer, vormals Konventsmitglied, vermutet, Regierungen seien eher gewillt, schwache Rechte zu vergeben, weil sie skeptisch gegen nationale Mobilisierungen seien, die Regierungshandeln erschwert.

Anne Ulrich,  
 Koordinatorin der Grünen Akademie  
 Weitere Informationen unter [www.eu-buergerinitiative.org](http://www.eu-buergerinitiative.org)

## Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist ...

In der Diskussion um die Treberhilfe beim Dienst-Maserati und den überhöhten Geschäftsführungsgehältern stehenzubleiben, greift entschieden zu kurz. Und bei allem Interesse am Psychogramm des über die SPD politisch gut vernetzten Geschäftsführers Harald Ehlert, dieser Mischung aus betriebswirtschaftlicher Cleverness und Größenwahn, sind ganz andere strukturelle Fragen viel wichtiger für die Zukunft Berlins:

Wer bestimmt in Berlin die Bedarfe und Bedürfnisse an sozialen Dienstleistungen? Was wissen wir darüber, ob und wie die Leistungen die Hilfebedürftigen auch wirklich erreichen? Werden eigentlich die Richtigen erreicht? Welche Hilfearten haben sich in den vergangenen Jahren wie entwickelt? Wie sieht es in Berlin mit gesamtstädtischer und bezirklicher Sozialberichterstattung und Sozialplanung aus?

Das Land Berlin gibt im Jahr mehr als 2 Milliarden Euro für Sozialleistungen aus. Tendenz steigend, weil auch der Hilfebedarf wächst, die Altersarmut wieder zunimmt, immer mehr alte Menschen Pflegebedarf haben, immer mehr Familien Unterstützung brauchen. Organisiert wird der größte Teil dieser Hilfen über entgeltfinanzierte Leistungen. Das sind Leistungen, auf die die Betroffenen einen individuellen Rechtsanspruch haben. Rechtsgrundlage für diese Hilfen sind Bundesgesetze wie z. B. das Sozialgesetzbuch SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) oder das SGB XII (Sozialhilfe). Erbracht werden die Leistungen von freien (gemeinnützigen und privaten) Trägern, und zwar zu Konditionen, die in Rahmenverträgen zwischen dem Senat und den Wohlfahrtsverbänden ausgehandelt wurden. Über die Leistungserbringung im Einzelfall entscheiden bezirkliche Fachdienste, also z. B. das Jugendamt oder die Soziale Wohnhilfe des Sozialamtes.

Die Zahl der Leistungsanbieter in Berlin ist riesig, allein im Bereich Jugend sind es 785. Das Land Berlin (das dürfen die Bezirke nicht) hat als Sozialhilfeträger mit 916 Trägern Verträge abgeschlossen, davon 692 gemeinsam mit den Pflegekassen und 224 im Bereich der Sozialhilfe.

Über sogenannte Zuwendungen werden viele sozialpolitisch äußerst wichtige Bereiche gefördert, die im Vergleich zu den entgeltfinanzierten Leistungen finanzielle Peanuts sind. Darüber hinaus ist die Zuwendungsfinanzierung von einem akribischen Kontrollsystem, das fast die Verwendung jedes Radiergummis dokumentiert, gekennzeichnet. Deshalb ist das Unverständnis in der Stadt über die Kündigung der bewährten Bewirtschaftung des Treuhandvertrags Soziales (LIGA-Vertrag, Umfang 2010 ca. 12,9 Millionen Euro) und des Stadtteilzentrenvertrags (Umfang 2010 ca. 3,8 Millionen Euro) sowie des Integrierten Gesundheitsvertrages (Umfang 2010 ca. 11 Millionen Euro) auch enorm. Zumal die erreichte hohe Qualität trotz der in den vergangenen 15 Jahren notwendigen Einsparungen unbestritten ist. Es liegt auf der Hand, dass der Senat mit dieser Kündigung unter der Überschrift Re-Kommunalisierung (als würde es sich um die Wasserbetriebe oder Wohnungsbaugesellschaften handeln) nur von seinen Versäumnissen im entgeltfinanzierten Bereich ablenken will.

Deutlich werden diese Versäumnisse am Beispiel der Wohnungslosenhilfe. Berlin leistet sich aus koalitionsarithmetischen Gründen zwar eine doppelte Sozial-, Gesundheits- und Stadtentwicklungsberichterstattung. Dennoch stammt der letzte Obdachlosenrahmenplan aus der Mitte der neunziger Jahre, die Leitlinien der Wohnungslosenhilfe und -politik wurden zuletzt 1999 fortgeschrieben. Seitdem hat sich in Berlin einiges verändert, z. B. die europäische Öffnung nach Osteuropa, die Veränderungen des Berliner Mietwohnungsmarktes, die Hartz IV-Gesetzgebung. Eine gesamtstädtische Analyse, eine angepasste Analyse der Bedarfe, eine Anpassung der Ziele in der gesamtstädtischen Arbeit für Obdachlose ist unterblieben. Selbst die Zahl der für die Unterbringung von Wohnungslosen in ganz Berlin zur Verfügung stehenden Plätze ist dem Senat heute nicht bekannt. Das ist die Situation, aus der heraus soziale Dienstleister selbst entscheiden können, welche Einrichtung sie eröffnen, an einem Ort ihrer Wahl, für eine Zielgruppe ihrer Wahl. Harald Ehlert sagt, wie es funktioniert: "Wir denken uns neue Projekte aus und bearbeiten die Kostenträger so lange, bis die das finanzieren." (Tagesspiegel 22.12.2008)



Wie sieht die Zukunft Berlins aus?

## Um nicht missverstanden zu werden: Die meisten dieser Angebote sind sinnvoll.

Um nicht missverstanden zu werden: Die meisten dieser Angebote sind sinnvoll. Sie sind mit bezirklichen und zum Senat gehörenden Abteilungen abgestimmt. Doch die öffentliche Hand (und

damit sind Senat und Bezirke gemeint) hat sich mit ihrer weitgehenden Abstinenz in Sachen Bedarfsermittlung, Planung, Zielformulierung auch weitgehend Steuerungsinstrumente aus der Hand nehmen lassen.

Gesteuert wird im Land Berlin allerdings sehr wohl im sozialen Bereich, und zwar über die knapper werdenden Finanzen - allerdings nur mit sehr begrenztem Erfolg, sieht man sich die steigenden Jugendhilfe- und Sozialausgaben an. Die Einsparungen der letzten Jahre sind vor allem auf Kosten präventiver, „freiwilliger sozialer Leistungen“ realisiert worden, die nicht als Rechtsanspruch gesetzlich verankert sind. Dazu gehören quartiersnahe Angebote, Angebote der Nachbar-

schaftsarbeit sowie Angebote, die Bezirke aufgrund ihrer Finanzknappheit und bedingt durch die Logik der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) nicht mehr leisten können. Statt Prävention zahlt die öffentliche Hand, wenn sofortige Intervention unabweisbar geworden ist. Ein Ausweg könnten Sozialraumbudgets sein, die für einen bestimmten Zeitraum definiert, mit klaren inhaltlichen Zielstellungen versehen, ausgeschrieben und vergeben werden.

Weder der demographische Wandel noch die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Armut in Berlin lassen eine Absenkung der Sozialausgaben realistisch und sozialpolitisch verantwortlich erscheinen. Gerade deshalb ist es erforderlich, so intelligent zu steuern, dass die Hilfen zielgenau bei denjenigen ankommen, die sie benötigen. Dazu sind eine kontinuierliche Sozialberichterstattung und Sozialplanung notwendig, berlinweit und in den Bezirken. Last but not least: Die Datenbank OPEN/PROSOZ muss tauglich gemacht werden, die für die Steuerung notwendigen Daten zu liefern.

Sibyll Klotz,  
Stadträtin für Gesundheit und Soziales  
in Tempelhof-Schöneberg

## Spree-Athen im Schuldensumpf

Dass die Staatschulden nicht mehr zu bewältigen sind, ist im Augenblick die größte politische und persönliche Sorge der Deutschen. Alle warten auf eine Politik, bei der Finanzmarktregulierung und Haushaltskonsolidierung so ineinander greifen, dass die Weltwirtschaft auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad zurückgeführt wird. Dazu muss der weltweiten Kredit- und Schuldenblase so kontrolliert und wachstumsfreundlich wie möglich die Luft abgelassen werden.

### Berlin muss seinen Beitrag leisten

Die Berliner Politik wird sicher nicht die Finanzmärkte regulieren können. Aber seinen Haushalt in Ordnung bringen, das kann und muss Berlin hinkriegen. Allerdings ist mehr als zweifelhaft, dass dies mit einem rot-roten Senat noch klappen wird. Denn SPD und Linkspartei leiden erkennbar an Realitätsverlust und halten die Augen auch weiter fest geschlossen.

Der Haushaltsausgleich auf dem Höhepunkt des Wirtschaftsbooms 2008 hat Rot-Rot dazu verleitet, das Ende des Sparkurses zu verkünden. Als der zyklische Abschwung dann eintrat, wurde Berlins Haushaltsnot-

lage sofort wieder sichtbar. Heute liegen nicht nur die Einnahmen um 1,7 Milliarden Euro unter dem Niveau von 2008. Rot-Rot hat auch die Ausgaben um 1,1 Milliarden Euro gesteigert. Das ist der größte Ausgabenanstieg seit 1995. Über die gesunkenen Einnahmen reden SPD und Linkspartei ohne Unterlass, über die erhöhten Ausgaben herrscht Schweigen.

In welche Lage uns Rot-Rot gebracht hat, wird schnell klar, wenn man einen Blick auf das Schaubild wirft, das die Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben seit 1995 zeigt. 2020 soll der vom Grundgesetz - und der haushaltspolitischen Vernunft - verlangte Haushaltsausgleich erreicht sein. Wenn sich die Einnahmen weiterhin wie in den vergangenen 15 Jahren entwickeln, dann sind die Ausgaben bereits jetzt am Ende der Fahnenstange angelangt. Wir werden deshalb in den kommenden Jahren in etwa mit dem auskommen müssen, was wir heute haben.

Neue Aufgaben durch neue Schulden zu finanzieren, ist zwar verlockend aber auch kurzfristig. Mit jedem neuen Kredit steigen die Zinsverpflichtungen von derzeit 2,5 Milliarden Euro weiter an und zehren einen große-

ren Anteil der Einnahmen auf. Heute trägt Berlin bereits jeden achten Euro zu den Banken und Anlegern. Geht es weiter wie bisher, kann es schnell jeder fünfte Euro werden.

### Trotz ist keine Lösung

Es ist klar, dass eine solche Situation geradezu nach Verbesserung der Staatseinnahmen schreit. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung entzieht sich der Pflicht, die Einnahmesituation von Bund, Ländern und Gemeinden zu verbessern und dafür insbesondere die Hauptverantwortlichen des Finanzmarktdesasters heranzuziehen.

Das ist extrem ärgerlich. Dennoch ist die Reaktion von Rot-Rot grundverkehrt, die Politik von Schwarz-Gelb zum Vorwand zu nehmen, selbst keine Konsolidierungsschritte mehr zu unternehmen. Diese Trotzreaktion treibt Berlin immer tiefer in die bundespolitische Isolation.

Mehr als ein Drittel der Berliner Einnahmen kommen vom Bund und den wohlhabenden Bundesländern. Berlin muss als Nettoempfänger eines Solidarsystems, wie es der Finanzausgleich darstellt, im Ausgabenvergleich mit den anderen Stadtstaaten bestehen. Das ist bis heute nicht der Fall. Es ist aber die Voraussetzung dafür, mit Aussicht auf Erfolg eine Mehrheit der Bundesländer hinter der Forderung nach Einnahmeverbesserungen durch den Bund zu versammeln.

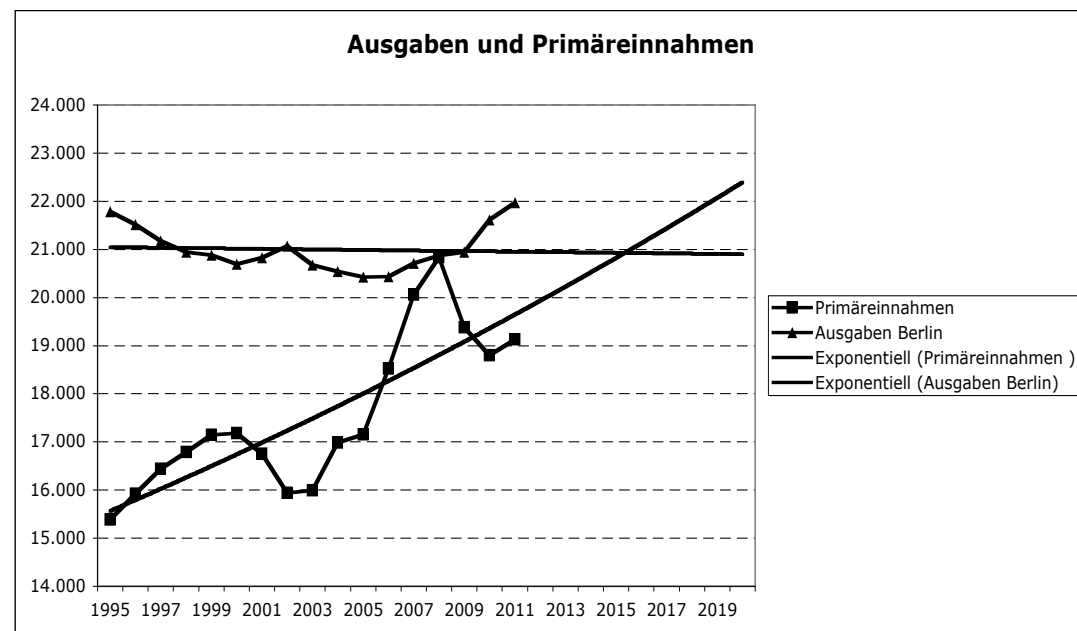
### Ausgaben unter Kontrolle bringen

Nach heutigem Erkenntnisstand braucht zur Wahl 2011 niemand ernsthaft anzutreten, der nicht ein Konsolidierungsprogramm von einer halben Milliarde Euro im Gepäck hat. Anders lassen sich die Gesamtausgaben des Landeshaushalts nicht einigermaßen konstant halten. Denn es gibt im Haushalt große Ausgabenblöcke, deren Kostenanstieg haushaltspolitisch nicht zu beeinflussen ist. Und außerdem soll nach der Wahl 2011 außer Sparen auch noch andere Politik stattfinden. Und die kostet zuweilen Geld.

500 Millionen Euro einzusparen, wird nicht einfach sein. Die großen Schnitte im Berliner Haushalt sind gemacht. Und Verzweiflungstaten wie die Schließung des Klinikum Steglitz oder des Tierparks, der Abriss des ICC oder gar das Ende einer Universität kommen nicht in Frage.

Die nötigen Einsparungen wird man in den nächsten Jahren eher kleinteilig hamstern müssen. Dabei kann kein Politikbereich völlig ausgenommen werden. Einzige Ausnahme sollte die Bildung von der Kita bis zur Hochschule sein. In der Abgeordnetenhausfraktion arbeiten wir an einem entsprechenden Maßnahmenpaket und werden zur Programmdiskussion einen Vorschlag machen.

*Jochen Esser, MdB  
Finanzpolitischer Sprecher  
im Abgeordnetenhaus*



## Spree Athen im Schuldensumpf

### "Berlin vor einer neuen Sparrunde?"

15. September 2010  
19.30 Uhr  
Abgeordnetenhaus von Berlin  
Raum 376

### Ein Kassensturz mit:

Finanzsenator Dr. Ulrich Nußbaum (parteilos)  
Stefan Zackenfels (MdB, SPD)  
Florian Graf (MdB, CDU)  
Jochen Esser (MdB, Bündnis 90/Die Grünen)

Moderation Joachim Fahrún (Berliner Morgenpost)

## Psst! Berliner Wasser halb privat und ganz diskret

Neues aus dem Versorgermilieu. Heidi Kosche: "Gewinngarantien sind eine Unverschämtheit!"

Die Berliner Wasserbetriebe gehören zu 49,9 % den Privatinvestoren RWE und Veolia unter dem Dach der Berlinwasser Holding AG. Die Verträge unterliegen der Geheimhaltung, wie der Senat zäh behauptet. Derzeit läuft das Volksbegehren "Unser Wasser" mit der Forderung, alle geheimen Verträge offenzulegen. Wir Bündnisgrünen begleiteten das Verfahren mit der Novelle des Informationsfreiheitsgesetz und Heidi Kosche verlangt als MdA Einsicht in alle Verkaufsunterlagen. Ein Gespräch mit unserer Aktenforscherin zur aktuellen Lage.

**Stachlige Argumente:** Die Wasserbetriebe wurden mit Gewinngarantien zugunsten der Privatinvestoren veräußert. Was hat das für Folgen?

**Heidi Kosche:** Also erstmal: Die Gewinngarantie von um die 7 bis 8 % ist schlicht eine Unverschämtheit. Wer bekommt das schon auf eingesetztes Kapital? Hier ist es allerdings noch schlimmer. Die Investoren bekommen die Garantie nicht auf das eingesetzte, sondern auf das betriebsnotwendige Kapital, also dem Anlagevermögen der Berliner Wasserbetriebe. Wenn zum Beispiel Grundstücke der Wasserbetriebe in Mitte sich in ihrem Wert erhöhen, dann steigt auch der Wert des betriebsnotwendigen Kapitals mit der Folge, dass auch der auszuzahlende Gewinn steigt. Das Geld muss erwirtschaftet werden. Und das erfolgt über die Wasser-

tarife, die alle zahlen müssen und die seit der Privatisierung um über 30 Prozent gestiegen sind. Daneben wurde knapp ein Viertel der Belegschaft abgebaut.

**Stachlige Argumente:** Ziel des Volksbegehrens "Unser Wasser" ist die Offenlegung der Verkaufsverträge sowie aller Nebenabreden.

**Heidi Kosche:** Das ist richtig. Wir vom Berliner Wassertisch sagen: Erst mal alle Verträge aufdecken, damit der Expertenschatz in Berlin diese begutachten und danach suchen kann, ob es möglich ist, diese Verträge aus der Welt zu schaffen. Wir halten etwa die Gewinngarantie für sittenwidrig.

**Stachlige Argumente:** Also ist die komplette Offenlegung nur ein Zwischenschritt, um letztlich die Rekommunalisierung der Wasserbetriebe zu erreichen?

**Heidi Kosche:** Die Verträge laufen noch bis 2028. Experten vom Berliner Wassertisch haben ausgerechnet, dass die Investoren ca. 2 Milliarden Euro mehr verdienen werden, als wenn man diese Summe mit einem Kommunalkredit bedient hätte. Mit dem Auslaufen der Verträge gehören uns 2028 die Wasserbetriebe aber nicht wieder. Es können dann nur neue Konditionen ausgehandelt werden. Die Rekommunalisierung wäre insgesamt der günstigste Weg für das Land Berlin.

**Stachlige Argumente:** Nun sind die Verträge ja geheim. Woher stammt die Kenntnis etwa um Garantien?

**Heidi Kosche:** Dem Berliner Wassertisch wurden Textteile zugespielt. Aber letztlich stammt sie aus den Urteilen des Landesverfassungsgerichts, das Teile der Konsortialverträge zitierte und damit die Annahmen des Berliner Wassertisches bestätigte.

**Stachlige Argumente:** Mit dem Urteil hat das Landesverfassungsgericht im Oktober 2009 gegen den Antrag des Senats das Volksbegehren für zulässig erklärt. Der Senat argumentierte, das Volksbegehren sei verfassungswidrig und für diese Feststellung bestehe eine umfassende Prüfungskompetenz. Spielt hier eine Regierung mal nebenbei Verfassungsgericht?

**Heidi Kosche:** Der Senat hatte diese Prüfungskompetenz bis 2006 und die nehmen einfach an, auch wenn Dinge aus der Verfassung herausgenommen werden, dass sie fortbestehen.

**Stachlige Argumente:** Parlamentarisch hat die bündnisgrüne Fraktion im Abgeordnetenhaus das Wasser-Volksbegehren mit der Einbringung einer Novelle des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) begleitet. Können nach dieser Novelle noch Geheimverträge abgeschlossen werden?



Heidi Kosche lässt Informationen fließen

**Heidi Kosche:** Das ist zukünftig für fünf Bereiche nicht mehr möglich. Die Novelle war die grüne Antwort auf die erste Stufe des Volksbegehrens. Wir haben uns gefragt: Wie ist die Offenlegung von Verträgen ins Parlament zu tragen? Unser Abgeordneter Benedikt Lux schlug vor, die Regelung im IFG, die sich auf die Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse bezieht, entsprechend

zu ergänzen. Wir wollten eine Allgemeinlösung gegen solche Privatisierungsverträge. Wir mussten zur Umsetzung einen Kompromiss schließen, so dass nur die Bereiche Wasser/Abwasser, Abfallentsorgung, Nahverkehr, das Krankenhauswesen und die Datenverarbeitung im Rahmen hoheitlicher Tätigkeit umfasst sind. Die Wohnungswirtschaft aber zum Beispiel leider nicht.

**Stachlige Argumente:** Als Mitglied des Abgeordnetenhauses ist Dir die vollständige Einsicht in die Wasserverträge verweigert worden. Es sei vertragliches Stillschweigen vereinbart worden, so der Senat. Du bist dagegen vor das Landesverfassungsgericht gezogen. Wie ist der Stand?

**Heidi Kosche:** Das Urteil ist gerade am 14. Juli 2010 ergangen und hat dem Senat seine Geheimniskrämerei um die Ohren gehauen: Leute, so geht das nicht. Ihr könnt nicht Kontrollrechte mit Verfassungsrang der Abgeordneten beschneiden und sagen, wir haben mit den Privaten vereinbart, alles geheim zu halten. Es ist einfach abwegig, dass Verwaltungsunterlagen, auch wenn sie Verträge enthalten, so hoch bewertet werden, dass Kontrollrechte der Verfassung ausgehebelt werden. Die Verwaltung hat eine dienende Funktion. Diese arbeitet im Auftrag der Berliner Bevölkerung und ist keine Geheimhaltungsbehörde von Privatinvestoren. Daniel Abbou, der Pressesprecher des Finanzsenators, erklärte, er gehe davon aus, dass ich bald ein Büro in seiner Nähe habe, alles einsehen und seinen Kopierer benutzen könne. Mal abwarten, ob er das hinbekommt.

**Stachlige Argumente:** Herzlichen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte  
Oliver Münchhoff

## Wie positionieren sich Grüne gegen Islamphobie?

Seit Jahren nimmt die Diskriminierung zu, die darin besteht, dass Personen unbefragt und auch in nichtreligiösen Kontexten dem Islam zugeordnet werden und mit dieser Zuordnung negative Stereotypen verbunden sind, die mit der Realität und der Vielfalt des islamischen Lebens wenig zu tun haben. Ein Beispiel dafür ist die Behauptung einer Lehrerin, Eltern kämen nicht zum Elternabend, weil sie muslimisch seien und „im Islam Bildung nichts zählt.“ – Wer das Problem kennt, weiß aber, dass Eltern tatsächlich deshalb nicht kommen, weil sie Elternabende aus ihrer eigenen Schulerfahrung nicht kennen oder weil die Lehrerin so schnell redet, dass man sie in der großen Runde kaum versteht, wenn Deutsch nicht die eigene Muttersprache ist.

Auch viele Grüne und Menschen, mit denen wir in Schulen, Vereinen und Projekten zusammenarbeiten, leben mit dieser Art von Vorverurteilungen und ihren Konsequenzen. Das war eines der Themen auf dem Kongress Mitgestalten im März, dem ersten der Programm-Kongresse in diesem Jahr.

Die LAG hat diesen Impuls aufgenommen und versucht, zu einigen kommunal- und landespolitischen Fragen, die mit der Diskriminierung von MuslimInnen zu tun haben, für das Wahlprogramm 2011 den grünen ‚common sense‘ zu formulieren. Ein eher konservatives Vorgehen also, das zu unserer Überraschung im Vorfeld der LDK im Juni auf teilweise heftige Ablehnung gestoßen ist.

Unser Antrag bestand aus fünf Teilen: aus der grundsätzlichen Erklärung gegen die Diskriminierung im oben beschriebenen Sinne und aus vier daraus abgeleiteten Konkretisierungen. Von uns Grünen kann man die kritische Prüfung statt einer Vorverurteilung von beantragten Moschee-Neubauten erwarten. Der möglichen Bildung eines demokratischen Gremiums, das Ansprechpartner für die religionspolitischen Belange

der Berliner MuslimInnen sein kann, stehen wir positiv gegenüber. Wir wollen die Verbesserung der islamischen ReligionslehrerInnenausbildung und Schritte zur Gleichbehandlung des Islam.

In der für uns überraschenden Kritik ließen sich zwei Argumente rekonstruieren: Zum einen fehle im Antrag Kritik am Islam(ismus). Zum anderen würden wir mehr Rechte für eine Religionsgruppe fordern. Die Religionsgemeinschaften sollten stattdessen weniger Rechte haben.

Zum ersten Punkt: Es gehört üblicherweise nicht zu einem Statement gegen Diskriminierung, diesem unmittelbar ein „Aber die sind ja auch selber ...“ folgen zu lassen. Daran haben wir uns gehalten. Islamische Organisationen zu unterscheiden, erfordert genaue Kenntnis von Strukturen, Personen und der Arbeit der Vereine. Programme zu lesen genügt nicht, auch nicht das Gespräch mit Funktionären. Außerdem ist zu prüfen, worum es uns im konkreten Fall geht. Sind Grüne zum Fastenbrechen eingeladen, will ein Verein eine Moschee bauen oder geht es um Kooperation bei einem Projekt? Das Resultat wird sein, dass es Vereine gibt, deren Einfluss wir bekämpfen, solche, die wir tolerieren und andere, deren Arbeit wir unterstützen können. Hier sachgerecht zu argumentieren, macht den Unterschied aus zwischen Kritik und Diskriminierung. Auf ihn kommt es an, wenn im kommenden Jahr Pro-Deutschland den Wahlkampf mit islamfeindlichen Thesen mitbestimmt.

Seit einigen Jahren werden soziale und Bildungsprobleme zunehmend islamisiert. Da die meisten MuslimInnen dieser Stadt einen Migrationshintergrund haben, ist dies eine Strategie, bestimmten MigrantInnengruppen die Schuld an Bildungsdefiziten, Arbeitslosigkeit und



Moschee im Schlosspark Schwetzingen

Gewalt in den Kiezen zuzuweisen, statt gemeinsam an Problemen zu arbeiten. Muslimische Gemeinschaften reagieren damit, sich gegen die Vorwürfe abzuschließen, und viele Individuen fühlen sich in eine Solidarität hineingedrängt.

Zum zweiten Punkt: Das Argument, man wolle die Privilegien der beiden großen christlichen Kirchen abschaffen und müsse deshalb die in Berlin relativ neuen, zugewanderten Religionsgemeinschaften „raushalten“ bedeutet die Festschreibung der Ungleichbehandlung.

Im Effekt ist das eine konservative und antiintegrative Haltung. Aber Integration schreibt sich mit „r“ wie Religion. Die Berliner Verhältnisse, was Religionsunterricht, das Verbot religiöser Symbole und das Mitspracherecht von Religionsgemeinschaften angeht, halten wir für eine gute Basis, um für islamische Organisationen (mehr) Gleichbehandlung anzustreben.

Susanna Kahlefeld,  
LAG Migration

## Schwarz-Rot-Gold, olé, olé, olé!

Ich gestehe, mein Herz schlägt erstmals und ernsthaft für die Löw-Elf. Wie im Übrigen das Herz vieler Bindestrich-Deutscher und vieler Berliner türkischer Herkunft dieser Tage. Spät, aber nicht zu spät, haben die DFB-Funktionäre die Zeichen der Zeit erkannt: Jung und dynamisch - unser multikulturelles Team führt Deutschland zum Erfolg. Unser neuer Star Özil ahnt wahrscheinlich nicht einmal, was für eine integrationspolitische Kraft er verkörpert. Das Tor und die Vorlagen von Özil sind mehr wert als etliche Bildungs- und Integrationsgipfel der Bundesregierung.

Unsere Bindestrich-Fußballvirtuosen heißen heute Özil, Cacau, Khedori, Boateng etc. Ich finde, die Erfolge der multikulturellen WM-Elf großartig. Damit bin ich unter den Turkodeutschen nicht alleine. Heute, wie damals beim Sommermärchen 2006, sind es vor allem Berliner mit türkischem Migrationshintergrund, die ihre Autos und Fenster schwarz-rot-gold dekorieren. Ich gestehe, dass ich das nicht unbedingt für selbstverständlich gehalten habe. Wir sind nämlich noch lange nicht so weit, uns in allen unseren Facetten untereinander als eine Republik zu begreifen. Aber trotz all der bleischweren Bedenken und Mahnungen, wie weit die Integration ist und ob sie nicht sowieso von Grund auf gescheitert sei, flattert das Bekenntnis zu Deutschland im Fahrtwind Berliner Türken.

Den Deutschen wird oft nachgesagt, ihr Verhältnis zur eigenen Flagge sei mitunter etwas verkrampft. Dafür gäbe es auch Gründe genug. Aber wie schon beim Sommermärchen oder bei der EM 2008 haben auch jetzt bei der WM viele "Ausländer" mit Bindestrich-Identitäten etlichen "Bio-Deutschen" gezeigt, wie man das Flaggezeigen lockerer sehen kann. Das Zeigen der Farben der deutschen Demokratie zu öffentlichen Anlässen, wie bei einer WM, muss nicht unbedingt etwas mit dumpfen Nationalismus zu tun haben. Überhaupt könnte das gar den völkischen Dumpfbacken die Instrumentalisierung von Schwarz-Rot-Gold vereiteln.



*Das Tor und die Vorlagen von Özil sind mehr wert als etliche Bildungs- und Integrationsgipfel der Bundesregierung.*

Schwarz-Rot-Gold im Fahrtwind junger Türken bläst freilich kein einziges der Integrationsprobleme weg, denen sich Politik und Gesellschaft, Mehrheitskultur und Einwanderer zu stellen haben. Doch ist es immerhin ein Hinweis darauf, dass integrationspolitisch in diesem Land Windstille nur für jene herrscht, die schon immer alle Fenster und Türen von innen verammeln wollten. Dass nun aber ausgerechnet Migranten und ihre Sprösslinge fußballhalber bundesdeutsch Flagge zeigen oder Tore für Deutschland schießen, lässt gar auf eine gelungene Integration schließen. Auf jeden Fall ist es ein öffentlich sichtbares Symbol dafür, wie viele Menschen mit hybriden Identitäten in unserem Land mental angekommen sind.

Niemand bestreitet, dass es in mancher Hinsicht noch viel zu tun gibt in unserem Land. Integration ist ein wechselseitiger Prozess, für dessen Gelingen wir alle gemeinsam verantwortlich sind. Die Pflichten der Mehrheitsgesellschaft und der Minderheiten sind dabei zwei Seiten derselben Medaille. Wie mit Teamgeist und Zusammenspiel Integration funktionieren kann, zeigen etliche Sportvereine in dieser Republik tagtäglich und unsere Löw-Elf in Südafrika. Daran darf sich die Politik ruhig ein Beispiel nehmen.

*Özcan Mutlu, MdB,  
Bildungspolitischer Sprecher*

## Wann wird's mal wieder richtig Sommer?

Normalerweise funktioniert das politische Sommerloch so: Nach Ende der Sitzungszeit verabschieden sich die Redaktionen in den Urlaub und überlassen es den Stallwachen, in den ereignisarmen Sommertagen die Spalten zu füllen. Und weil es in ereignisarmen Tagen eben wenig über wirkliche Ereignisse zu berichten gibt, werden die lokalen Polizeiticker zur wichtigsten Nachrichtenquelle und entlaufene Alligatoren zu Hauptdarstellern. Wenn partout kein Reptil das heimische Terrarium verlassen will, dann muss man eben ein paar Geschichten selbst anstoßen. Dann greifen Boulevard- und andere Redaktionen in die Kontaktekartei unter „H“ wie „Hinterbänkler, mitteilungsbedürftig“. Und schon wird ein paar Tage lang fröhlich Mallorca als 17. Bundesland eingemeindet, wird eine Sondersteuer auf Bockwurst gefordert oder beides empört als mittelstandsfeindlich zurückgewiesen.

Im Jahr 2010 funktioniert das alles etwas anders, denn ein jäher Abfall der Zahl politisch relevanter Ereignisse ist kaum festzustellen. Das soll nicht heißen, dass eine politische Großtat die nächste jagen würde und wir alle atemlos zuschauen könnten, wie auch bei 30 Grad im Schatten das Schicksal der Welt von den Regierenden in völlig neue Bahnen gelenkt wird. Im Gegenteil: Es ist auch vorher kaum was passiert. Eigentlich ist seit Herbst 2009 permanentes Sommerloch.

Auf Bundesebene dominieren seitdem touristische Themen: Mit wem soll man als Außenminister nach Südamerika fahren? Was darf eine Übernachtung im Hotel kosten, beziehungsweise was ist es wem wert, sie für die Hoteliers gewinnträchtiger zu machen? Auch entlaufene Mitbewohner füllen seit der schwarz-gelben Traumhochzeit die Spalten, auch wenn es sich diesmal innovativerweise um Bundes- und Ministerpräsidenten handelt.

Dieser Regentenschwund verdient ein wenig mehr Aufmerksamkeit. Es sieht zwar nach Massenflucht aus, aber die Gründe sind vielfältig. In die Rubrik „Problembär“ fällt eigentlich nur einer, nun Bundespräsident a. D. Von Anfang an haderte er mit den Grundanforderungen des Amtes, denn als mitreißender Redner wird er nicht im Gedächtnis bleiben. Seine Hauptfunktion hatte er mit vier Jahren Verspätung auch erfüllt, nämlich Verbote der bahnbrechendsten Reformregierung aller Zeiten zu werden. Vier Jahre Verspätung sind für einen Verbotten ein Problem, zumal die angebliche geistig-politische Wende sich eher als exzentrische Pirouette erweist. In so einer verwirrenden Situation kann es dann mal passieren, dass man Kanonenboot und UN-Mandat verwechselt.

Unfreiwillig ging Jürgen Rüttgers. Er währte sich von Kommunisten und ihren Freunden um seine gerechte zweite Regierungszeit gebracht. Dass das ausgerechnet dem Arbeiterführer unter den Abgegangenen passiert hätte Marx sicher erheitert. Der wusste ja, dass sich Geschichte als Farce wiederholt. Dabei belegt schon ein Blick in die Passagierlisten, dass der Kommunist immerzu in ernstesten Aufsichtsräten sitzen muss und gar keine Zeit hat, mit einem einfachen Ministerpräsidenten genau abzurechnen.

Halb freiwillig gingen die Herren Oettinger und Wulff. Sie wurden zwangsbefördert in Positionen, die sie sicher auch nicht schlechter ausfüllen als ihre vorherigen Ämter. Das Schwaben alles können außer Hochdeutsch wird jetzt eben europäisiert, einfalllose Politik jetzt mit fehlenden Fremdsprachenkenntnissen kombiniert. Und Osnabrück ist sowieso überall.



Auch die Geschichte der ganz freiwilligen Abgänge ist schnell erzählt: Die 68er, voran wir Grünen, haben derart gewütet, dass nun auch Freiherren und Populisten null Bock mehr auf gar nichts haben.

„Aber eigentlich kommt es doch auf die Inhalte an, nicht die Personen“ werden sich bündnisgrüne Leserinnen und Leser nun sagen. Stimmt, aber dazu kommt es wohl erst nächstes Jahr.

Ach ja, zur Berliner Politik ist auch noch nichts gesagt. Hier ist halt immer Sommer.

Tilo Fuchs,  
Mitglied des Landesvorstandes

## Judith Butler

„Si tacuisset...“ – Judith Butler und der Zivilcouragepreis des Berliner CSD

Damit hat Renate Künast sicherlich nicht gerechnet. Bei der Abschlussveranstaltung des Christopher Street Days vor dem Brandenburger Tor hat sie gerade vor Zehntausenden von Zuschauerinnen und Zuschauern eine flammende Laudatio auf Judith Butler gehalten, die neben dem Sexualwissenschaftler Martin Dannecker mit dem diesjährigen Zivilcouragepreis ausgezeichnet wird. Butler aber entspricht ganz dem Bild der unangepassten queeren Vorkämpferin, das Renate vorher voll Anerkennung gezeichnet hat: Sie tritt ans Mikrofon – und lehnt die Annahme des Preises überraschend ab. Ein Eklat!

Judith Butler, seit 1993 Professorin an der Universität Berkeley (Kalifornien), ist eine Ikone, und zwar nicht nur für Feministinnen, Geschlechterforscher\_innen sowie queere Aktivist\_innen. Zu Beginn der 1990er Jahre feuerte sie Überlegungen an, die Geschlecht als soziales Phänomen verstanden. Laut Butler gibt es faktisch kein Geschlecht. Was männlich und weiblich ist, wird vielmehr gesellschaftlich verhandelt und diskursiv erzeugt (Doing Gender). Im Kern stellt sie damit das duale Modell von Mann und Frau generell in Frage. Von diesen Einsichten profitierte auch die Queer Theory, insbesondere von Butlers Analyse, dass die konstruierte Geschlechterdifferenz mit der Vorstellung einer Zwangsheterosexualität einhergehe. Letztlich presse die Gesellschaft das Individuum in ein machtvolleres Muster von Hierarchisierungen, in dem die Kategorien sexuelle Identität, Herkunft oder etwa Geschlecht miteinander verknüpft würden.

Die Ablehnung des Zivilcouragepreises hat indes hohe, weltweite Wellen geschlagen. Der Eklat ist an erster Stelle jedoch eines: sehr ärgerlich! Denn Judith Butler begründete ihr Verhalten damit, dass sie nicht in „Komplizenschaft mit Rassismus“ geraten möchte, den sie „den veranstaltenden Organisationen“ des Berliner CSD pauschal unterstellte. Ein gewaltiger und schwerwiegender Vorwurf, den sie nicht näher begründen zu müssen glaubte. Mehr noch: Unmittelbar nach ihren Vorhaltungen – Abertausenden von Menschen an den Kopf geschleudert – verschwand sie und blieb für Nachfragen unerreichbar. Damit machte sie es sich ganz schön einfach.

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Intersexuelle und Trans\* sind als Minderheiten sicherlich sensibilisierter für Ausgrenzungen aller Art. Aber selbstverständlich sind auch sie nicht frei von Vorurteilen. Deshalb ist es richtig, gerade auch in der queeren Community für Toleranz zu werben, über Mehrfachdiskriminierung aufzuklären und rassistische Einstellungen konsequent zu ächten. Nicht zuletzt deswegen enthält der Forderungskatalog des diesjährigen CSDs den (von uns Grünen) eingebrachten Aufruf, „jeder Teil unserer Community muss jede und jeden anderen ... respektieren.“ Pauschale Vorwürfe hingegen haben einen mehr als zweifelhaften Nutzen.

Der Berliner CSD e.V., Organisator der Parade, hat die an ihn adressierten Vorwürfe inzwischen eindrucksvoll zurückgewiesen. Verschiedene Organisationen wie GLADT – Gays & Lesbians aus der Türkei e.V., die von Judith Butler für ihr Engagement gegen Homophobie und Rassismus besonders gewürdigt wurden, erhielten überdies eine Spende für ihre wichtige Arbeit.

In den Diskussionen um Butlers Verweigerung scheint zum Teil auf Seiten der Befürworter\_innen ein fragwürdiges Gefühl des moralischen Triumphs durch. Den „rassistischen weißen Schwulen“ sei es mal ordentlich gezeigt worden, so mancherorts der Tenor. Die Feindbilder verhärten sich; die argumentativen Fronten stehen. Doch genau das Gegenteil ist jetzt dringend gefragt: Dialogbereitschaft und respektvoller Austausch in der Sache. Der CSD e.V., das ist anzuerkennen, geht dabei mit gutem Beispiel voran.

Judith Butler hat Recht: Es ist Zeit für neue queere Bündnisse gegen Homo-/Transphobie und Rassismus. Sie hat ja nicht gesagt, dass diese einfach zu haben sind. Genau darin aber könnte der Gewinn der ganzen Diskussion bestehen.

Sebastian Walter,  
Sprecher der LAG Queergrün



Judith Butler

Seit dem 6. Mai 2010 sind die Britischen Grünen (Green Party of England and Wales) mit Caroline Lucas als Abgeordnete erstmals im Londoner Unterhaus vertreten. Lucas war seit 1999 Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzende der englischen Grünen.

Die Green Party of England and Wales entstand aus der 1973 in Coventry gegründeten People-Party, zunächst inspiriert von der Thematik der Überbevölkerung und der Idee einer nachhaltigen Gesellschaft. 1975 benannte sich die Partei in Ecology Party um, doch ihre Wahlergebnisse waren bescheiden, auch weil das relative Mehrheitswahlrecht sich als Hürde erwies. 1979 stellte sie insgesamt 53 Kandidaten auf, wodurch sie erstmals Anrecht auf einen Wahlwerbespot im Fernsehen hatte. Zwar war der Wahlerfolg noch immer gering, die erhöhte Aufmerksamkeit führte aber zu einem starken Anstieg der Mitgliederzahl.

1985 benannte sich die Partei in Green Party um. Der große Durchbruch gelang den Grünen bei der Europawahl 1989. Die Partei gewann überragende 2 Millionen Stimmen, mehr als jede andere grüne Partei Europas. Wegen des damals auch bei Europawahlen geltenden ausschließlichen Mehrheitswahlrechts gelang es der Partei jedoch wieder nicht, auch nur ein einziges Mandat zu gewinnen.

Beflügelt vom überraschend guten Abschneiden bei der Europawahl enttäuschten die Ergebnisse der Unterhauswahl 1992 um so mehr. Erstmals sank die Anzahl der Mitglieder wieder und das stetige Wachsen der Kandidatenliste führte zu finanziellen Problemen, da bei Unterhauswahlen alle Parteien pro Kandidat eine Kautionshinterlegung haben, die nur bei einem Stimmenanteil des Kandidaten von 5 % oder mehr erstattet wird.

Seit 2000 bewegt sich die Green Party of England and Wales wieder stetig aufwärts, besetzt nunmehr 91 Lokalkräte, einen Sitz im Unterhaus und war erstmals bis 2008 im House of Lords vertreten.

## Good Luck!

Über den langen Weg der Green Party of England and Wales

Die Green Party of England and Wales setzt sich heute für die Besteuerung von Flugverkehr, Alkohol und Tabak ein, unterstützt das Kyoto-Protokoll, setzt sich für eine Kohlendioxid-Vermindeung ein und gilt allgemein als Verfechter von Bürgerrechten. Die im Antiterrorkampf unter Tony Blair beschlossenen Einschränkungen von bürgerlichen Freiheiten lehnen die Grünen entschieden ab. Auch eine Beteiligung am Irak-Krieg wurde und wird strikt verneint.

In Ihrem Programm zur Unterhauswahl 2010 kündigten die Grünen auch an, dass in einer fundamentalen Reform „die meisten der komplizierten Sozialleistungen, Bedarfsprüfungen und einschränkenden Beiträge abgeschafft werden müssen, indem alle Bürger als Recht ein Grundeinkommen erhalten“.

Als Besonderheit einer europäischen grünen Partei kann die solide Euroskepsis angesehen werden. Zwar ist die Partei Teil der europäischen Grünen und unterstützt die EU-Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs, doch wird die Einführung des Euro und die vorgeschlagene EU-Verfassung generell abgelehnt.

Die Zukunft der britischen Grünen auf nationaler Ebene bleibt ungewiss. Trotz eines andauernden Erfolgs seit Beginn des Jahrtausends ist die politische Kultur in Großbritannien doch eine besondere. Die Unterhauswahl 2010 ergab ein hung parliament, in dem keine Partei eine absolute Mehrheit hat. Es ist das erste seit 1974. In Deutschland sind hung parliaments auf Grund des Verhältniswahlrechts die Norm und führen zu stabilen Koalitionen. In der politischen Kultur Großbritanniens, die sehr viel mehr von der Kontroverse lebt, gelten Koalitionen jedoch als Ausnahmen. Die Parteien sind es nicht gewohnt, Kompromisse zu finden, wie es eine Koalitionsregierung erfordert.

Arne Hager,  
Mitglied der Redaktion



## Vergauckelt!

**Wenn das Internet den Bundespräsidenten wählen dürfte, hätte es, so meint man, wohl nur einen Sieger gegeben: Joachim Gauck. Spontan und auf wunderbare Weise schienen sich „Netblogger“, „Twitterer“ und „Facebookler“, ja die ganze Netzgemeinde, in ein großes Pro-Gauck-Forum zu verwandeln ...Und die Medien berichteten.**

War Joachim Gauck "der Kandidat des Netzes", wie es viele Medien berichteten? Hat die "Netzgemeinde" wirklich "eisern" an Gauck "festgehalten" (Handelsblatt)? Ist Gauck "Bundesnetzpräsident" (Stern)? Schwärmt die "Netzgemeinde" wirklich für "mein\_praesident" (Spiegel)?

Diverse Medien hatten ein Phänomen ausgemacht: "Go for Gauck." Das Netz, so wollten es die Journalisten wissen, schien nur einen Präsidenten zu kennen: Joachim Gauck. Eine Graswurzelbewegung, also eine in der Basis der Bevölkerung entstandene Initiative schien sich über das Internet seinen Weg zu bahnen.

Den Stein ins Rollen brachte zunächst Christoph Giesa von der FDP. Der ehemalige Vorsitzende der Jungen Liberalen in Rheinland-Pfalz gründete kurz nach der Rücktrittsankündigung Horst Köhlers die Facebook-Gruppe "Joachim Gauck als Bundespräsident".

Glücklicherweise ist Online-Aktivismus ja denkbar unkompliziert. Mit einem Klick ist man echter Aktivist. Etwa 36.000 Facebook-Nutzer sind Mitglied der "Joachim Gauck als Bundespräsident"-Gruppe geworden. Klingt beachtlich, bedeutet im Klartext aber, dass lediglich 0,36 Prozent der etwa zehn Millionen deutschen Facebook-Mitglieder den "Beitreten"-Button auf Gaucks Fan-Seite geklickt haben. Schaut man sich weitere Zahlen der Pro-Gauck-Bewegung an, sind diese eher ernüchternd: etwa 4.800 Menschen setzten einen Tweet mit dem Hashtag #mygauck ab, was zwar ein hübsches Twitter-Icon-Mosaik ergab, bei geschätzten 100.000 aktiven deutschen Twitterern aber mageren 4,8 Prozent entspricht.

Die Journalisten schrieben, schwärmten und lieferten damit weitere erstklassige Werbung für die Facebook-

Aktivisten. Denn, so wollten es SPIEGEL, BILD und Co., der Gauck-Hype ginge ja weit über Facebook hinaus. Aber war dem denn wirklich so?

Da gab es die digitale Unterschriftenliste [www.wir-fuer-gauck.de](http://www.wir-fuer-gauck.de), auf der viele Unterstützer ihre Zustimmung für den Bürgerrechtler auch begründeten: "Ich wünsche eine moralische Instanz als Präsident und keinen parteipolitischen Taktik-Kandidaten." Die Unterschriftenseite zählte gut 10.000 Namen - was in etwa 0,02 Prozent aller deutschen Internet-Nutzer entspricht.

Weitere Pro-Gauck-Seiten fanden sich im Netz, wie [go-for-gauck.de](http://go-for-gauck.de) oder [mein-praesident.de](http://mein-praesident.de), die sogar eine Einbindung in Soziale Netzwerke ermöglichten. Das Problem dieser Seiten war jedoch: sie passen nicht wirklich in das Bild der spontanen Graswurzelbewegung.

Die Seite [wir-fuer-gauck.de](http://wir-fuer-gauck.de) wurde zum Beispiel von Nico Lumma betrieben. Lumma arbeitet als Director Social Media für die Werbeagentur Scholz & Friends. Welch ein Zufall: Lumma ist nicht nur Werber, er sitzt auch im Gesprächskreis Netzpolitik des SPD-Parteivorstands.

Seltsam auch, dass unter den Erstzeichnern seiner Unterschriftenliste auffällig viele SPD-Politiker waren. Nachdem der SPIEGEL über die Unterschriftenliste Lummas berichtete, wuchs diese sprunghaft von 1.300 auf "sensationelle" 8.767. Nun ja. Selbst eine Unterschriftensammlung zur Rettung des Karstadt-Warenhauses in der Altstadt von Goslar hatte im letzten Jahr mehr Stimmen sammeln können.

Zum Gesprächskreis Netzpolitik des SPD-Parteivorstands gehört auch Mathias Richel. Richel betrieb die Seite [mein-praesident.de](http://mein-praesident.de). Bis vor kurzem war Richel Angestellter der Agentur Butter, die im Willy-Brandt-Haus ein- und ausgeht.

Für den Kunden SPD hat Richel unter anderem in leitender Funktion im letzten Jahr den SPD-Bundestagswahlkampf, den SPD-Europawahlkampf und den Landtagswahlkampf in Thüringen und Sachsen betreut. Noch ein Zufall?



© ecco - fotolia

*An die Arbeit!*

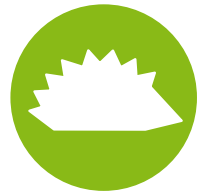
Und weiter: Stefanie Schmidt leitet die Werbeagentur Soundsites und betrieb die Seite [go-for-gauck.de](http://go-for-gauck.de). Beruflich war Schmidt unter anderem mit der Realisierung des Internetauftritts einiger SPD-Politiker beschäftigt und im SPD-Netzwerk [meinespd.net](http://meinespd.net) ist sie Mitgründerin der Gruppe "Joachim Gauck als Bundespräsident". Zufälle gibt's.

Die Stimmung der Nation anhand eines Streifzuges durchs Netz beobachten zu wollen, ist eine heikle Angelegenheit. Denn nur die Lautesten werden auch gehört. Blogger mit ähnlicher Meinung verlinken mit Vorliebe aufeinander und werfen diese Links in ihre Twitter- und Facebook-Ströme. So entstehen Resonanzblasen, in denen sich alle Beteiligten gegenseitig in ihrer Weltansicht bestätigen. Nur für Gelegenheitsbesucher sieht die Gesamtheit der aktiven Netznutzer wie eine Netzgemeinde aus. Zwar besteht oft weitgehende Einigkeit über einzelne Netzpolitik-Aspekte - in der Ablehnung von Web-Sperren beispielsweise, ansonsten ist die Netznutzer eine äußerst heterogene Gruppe.

Howard Dean beispielsweise, US-Präsidentschaftskandidat 2004, war einer der ersten Politiker, der es verstand Online-Wahlkampf zu betreiben. Mit einer Kombination aus Weblog, Online-Wahlkampfspenden und der Online-Organisation von Zusammenkünften seiner Anhänger, gelang es ihm, von März 2003 bis Februar 2004 eine große und motivierte Anhängerschaft zu mobilisieren und im September 2003 sogar den Fundraising-Rekord von Bill Clinton zu brechen. Als Dean dann ausgesprochen früh in den Vorwahlen unterging, verstanden seine Anhänger die Welt nicht mehr - schließlich war die Stimmung im Web doch eindeutig Pro-Dean, oder etwa nicht?

Internet-Vordenker Clay Shirky merkte damals nach Deans Abwahl enttäuscht an: "Ich glaube, die Art der Kampagne trug dazu bei, diese Glaubensblase aufzupumpen und zu erhalten, exakt bis zu dem Moment, als die Wähler eintrafen."

*Arne Hager,  
Mitglied der Redaktion*



## Das Internet macht dumm

Was waren das noch für Zeiten, als man Rankkämpfe mit seinen Konkurrenten durch simples ‚name googling‘ ausfocht, die häufigere Erwähnung des eigenen Namens als wunderbares Äquivalent für all diejenigen, denen das wetteifern primärer Geschlechtsorgane zu ordinär geworden war.

Diese Zeiten sind jetzt vorbei, ab sofort heißt es: Lass mich gucken, wie du wohnst, und ich sage dir, ob ich dich für bedeutend halte. Google Street View heißt die neue Wundertechnik, die das Sommerloch füllt, relevante Themen wie den Ehekrieg zwischen Lothar Matthäus und seiner geldgeilen Nochfrau verdrängt und Politikern ihren Urlaub raubt. Für all diejenigen, die sich bisher nicht damit beschäftigt haben: Google Street View ist die moderne Form unpornografischen Voyeurismus, mit der Google Straßen in großen Städten fotografiert und sie ins Internet stellt. Damit man sich seinen Urlaubsort in Ruhe vorher angucken kann. Oder der Bankberater das Haus des Klienten oder man selber sich vorinformieren, wie das Date von morgen eigentlich haust. Wie gesagt: Eine wunderbare Technik.

Doch seit auch der internetverschlafenen Politik bewusst geworden ist, was Google ist und kann, schlägt die Begeisterung um in Panik und sinnentleertes Getöse.

Just kündigt der 18-Minuten-Kanzler an, sein Haus bei Schtriet Viu verpixeln zu lassen, ein Schritt, für den man ihm auch bei häufigerer Anwendung dankbar wäre. Ähnlich hilflos agiert seine Stiefschwester. Ilse Aigner, die Tochter von Seehofer und Merkel im Sorgerechtsstreit um bundesrelevante Verbraucherthemen, wusste sich vor wenigen Wochen bei einem anderen Internetproblem nicht anders zu helfen, als Hals über Kopf ihre Mitgliedschaft bei Facebook zu kündigen, weil das Social Network ihre Daten verkaufen wollte. Dafür musste sie von der schimpfenden Konkurrenz viel Häme einstecken, obwohl ihre Handlung gut gemeint und im Kern richtig war! Oder besser: Richtig hätte sein können, wenn, ja wenn die Ilse irgendwer ernst und zur Kenntnis nehmen würde. Aber was die Ilse tut ist dem gemeinen Internetuser reichlich wurscht, wenn die

Ilse Facebook verlässt, dann ist dies so wirksam wie ein Teelöffel im Kampf gegen die Ölpest im Golf von Mexiko.

Doch was tun angesichts von datenverkaufenden Netzwerken und fotografierwütigen Suchmaschinen? Klar, ein Gesetz muss her. Doch im Lichte der schwarz-gelben Terrorsche und einer inkonsistent agierenden Opposition wird dieses Gesetz noch Monate dauern und dann eher ein mittelprächtiges Stückwerk denn eine klare Richtlinie sein. Bis dahin braucht es eine breite Internetbildung, heißt Aufklärung über Vorteile, Nachteile, Risiken. Was kann im besten und im schlimmsten Fall passieren? Was muss ich machen, um dem Milliardenkonzern mein Haus nicht zu überlassen?

Doch nicht einmal diesen kleinen gemeinsamen Nenner können die Parteien anbieten. Während die einen paranoid per Internet jeden zum Nutzen des Widerspruchrechts aufrufen, verfallen die anderen in tiefes Schweigen, und nicht einmal innerhalb der Parteien sind klare Linien zu erkennen. Während die eine Partiseite Google, Guido und Ilse attackiert, weigert sich die andere Partiseite gar ein Hilfsaufklärungsangebot zu stellen, schließlich seien Bürgerrechte nicht betroffen, weil ja auch ohne Google jeder beim Vorbeigehen in die Wohnung schauen könne, und außerdem will es sich niemand mit der Internetcommunity verscherzen.

Was wir derzeit erleben, ist ein echter Verrat am Verbraucherschutz, ein medial geführter Sommermärchenkrieg um Deutungshoheit, Profilierungswunsch und Politgezänk. Lautes Brüllen erhöht das Google-Ranking der Akteure, während Google selbst weiterwirtschaftet. Den Bürgerinnen und Bürgern hilft es reichlich wenig.

In diesem Sinne: Bildet euch.

*Holger Michel*



## Termine

**FR 10. September 2010, 19:30 Uhr**  
Netzpolitische Soirée - Freiheit und Überwachung in der digitalen Welt  
Bündnis 90/Die Grünen  
Bundestagsfraktion  
Heinrich-Böll-Stiftung,  
Schumannstr. 8  
Info und Anmelden:  
ak3@gruene-bundestag.de

**SA, 11. September 2010, 13 Uhr**  
Freiheit statt Angst  
Datenschutzdemo  
Potsdamer Platz  
www.freiheitstattangst.de

**SO 12. September 2010, 9-20 Uhr**  
Tag der Ein- und Ausblicke  
Bündnis 90/Die Grünen  
Bundestagsfraktion  
Fraktionsebene, Reichstag

**SO 12. September 2010, 14:30 Uhr**  
Regenbogen-Familien-Fest  
Diskussion, bunter Nachmittag & Grillfest  
Bündnis 90/Die Grünen  
Bundestagsfraktion  
Heinrich-Böll-Stiftung,  
Schumannstr. 8  
Info und Anmelden:  
ak3@gruene-bundestag.de

**FR 17. September 2010, 14 Uhr**  
Internationale Konferenz: Greening The City - Strategien für den Green New Deal der Städte  
Bildungswerk Berlin der HBS  
Alte Feuerwache - Flughafen  
Tempelhof, Tempelhofer Damm 45

**SA 18. September 2010, 13 Uhr**  
Anti-Atom-Demo  
Washingtonplatz  
www.anti-atom-demo.de

**SA 18. September 2010,**  
Neue Energie für Berlin  
Grüne Klimaschutzkonferenz  
Bündnis 90/Die Grünen Berlin  
Alte Feuerwache - Flughafen  
Tempelhof, Tempelhofer Damm 45

**FR 24. September -**  
**SA 25. September 2010**  
Talk About Revolution -  
Hochschule neu denken  
Grüner Wissenschaftskongress  
der Fraktion  
Abgeordnetenhaus,  
Niederkirchner Str. 5  
Info und Anmelden:  
wissenschaftskongress@gruene-  
fraktion-berlin.de

**SA 2. Oktober 2010, 11 Uhr**  
BerlinWerkstatt Vielfalt  
Bündnis 90/Die Grünen Berlin  
GLS Campus, Kastanienallee 82

**SA 9. Oktober 2010, 11 Uhr**  
BerlinWerkstatt Umwelt | Berlin-  
Werkstatt Mobilität  
Bündnis 90/Die Grünen Berlin  
GLS Campus, Kastanienallee 82

Impressum: Stachlige Argumente 32. Jahrgang Heft 3/2010 Nr. 179 • Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Berlin  
Redaktion (V.i.S.d.P.): Christine Dörner, Katrin Langenbein, Ronald Wenke

Freie MitarbeiterInnen: Djuke Nickelsen, Holger Michel, Oliver Münchhoff, André Stephan, Nicole Holtz, Amaro Piñas Müller, Arne Haeger  
Chef vom Dienst: Ronald Wenke • Freie Mitarbeit ist jederzeit möglich, bitte einfach zu den Redaktionssitzungen kommen (i.d.R. Montags, 18.30 Uhr)  
e-mail: stachlige.argumente@gruene-berlin.de • Redaktionsanschrift: Kommandantenstrasse 80, 10117 Berlin • fon: 615 005 0 (Zentrale)  
Wir bitten, die Beiträge per e-mail an uns zu senden • Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. November 2010

Satz/Layout: Stephanie Heising • Druck: Oktoberdruck

Bezug: Die Stachligen Argumente erscheinen viermal jährlich. Der Preis ist für Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder Einzelpreis 2,10 Euro  
Postgironkonto Berlin Nr. 524 66 - 103, BLZ 100 100 00 • Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

# VOLKSBEGEHREN

## Unser Wasser

**Unterschreiben Sie mit !**



**Schluss mit Geheimverträgen bei  
den Berliner Wasserbetrieben !**

[www.berliner-wassertisch.net](http://www.berliner-wassertisch.net)

für Infos und Unterschriftenlisten oder bei der  
GRÜNEN LIGA BERLIN / Prenzlauer Allee 8 / 10405 Berlin

Tel: 44 33 91 44

**Bis 27. Oktober 2010**